

9 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 14.31 Uhr.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir sind nun tatsächlich mit der Fragestunde am Ende und darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Die Klubobleute haben wieder einige Punkte von der heute doch noch sehr langen Tagesordnung vorgeschlagen, en bloc abzustimmen. Das sind folgende Tagesordnungspunkte: 3, Öffitickets für Magistratsbedienstete, wurde einstimmig angenommen und Tagesordnungspunkt 4, Grazer Abfuhrordnung, einstimmig, Tagesordnungspunkt 6, Sportamt Austrian Finals 2023, einstimmig, Tagesordnungspunkt 11, Neue Richtlinien für Förderungsansuchen Altstadterhaltungsfonds, einstimmig und den Tagesordnungspunkt 15, Entsendung in die GTG.

en bloc:

9.1 Stk. 3) A1-1663/2003/0013 Öffiticket für Magistratsbedienstete

Der Gemeindeart wolle beschließen:

Der Gewährung eines Kostenersatzes bzw. -zuschusses für Öffitickets im Sinne des Motivenberichts wird zugestimmt.

Der Kostenersatz bzw. -zuschuss gebührt in Höhe der tatsächlichen Kosten des Öffi-Jahrestickets; höchstens jedoch in Höhe der Kosten des Klimatickets Steiermark.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.2 Stk. 4) A23-213600/2022/0002 Änderung der Grazer Abfuhrordnung – Grazer AbfO 2006

Der Gemeinderat wolle die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende Verordnung beschließen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.3 Stk. 6) A8-205499/2022/0014 Sportamt, Fördermittel „Austrian Finals 2023“, Budgetvorsorge in Höhe von 500.000,- im LCF für 2023

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. Februar 2023

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
270	269000	1.755000	22700002	Sonderveranstaltungen / Transfers an Unternehmen (ohne FU) und andere	D.270005	+500.000	+500.000
270	940000	2.861000	22700002	Sonderveranstaltungen / Transfers von Ländern		+200.000	+200.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-300.000	-300.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.4 Stk. 11) A10/BD-105945/2021/0028 **Neue Richtlinien für die Behandlung von Förderungsansuchen beim Grazer Altstadterhaltungsfonds, einstimmig beschlossen vom Kuratorium zur Verwaltung des Grazer Altstadterhaltungsfonds in der Sitzung am 12.12.2022**

Die beiliegenden Richtlinien für die Behandlung von Förderungsansuchen beim Grazer Altstadterhaltungsfonds werden genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.5 Stk. 15) Präs. 012972/2023/0024

**Graz Tourismus und Stadtmarketing
GmbH (GTG), Vertretung der
Landeshauptstadt**

Als Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat der Grazer Tourismus und Stadtmarketing (GTG) wird anstelle von Frau Mag.^a Verena Ennemoser nunmehr Frau CO KR Daniela Gmeinbauer bestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Kozina-Voit

9.6 Stk. 1) A 15-25412/2021-2

**Unterstützung von Klein- und
Kleinstunternehmen, die von öffentlichen
Baustellen betroffen sind**

GR Kozina-Voit:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer. Es geht hier um die Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen, die von öffentlichen Baustellen betroffen sind. Wir haben hier einen ganz konkreten Anlassfall, weil jetzt im März begonnen wird mit der Innenstadtentlastung. Diese Innenstadtentlastung in der Neutorgasse und dann über den Andreas-Hofer-Platz und die Belgiergasse wird ja auch für die Unternehmen perspektivisch etwas bringen. Sie haben dann Straßenbahnanschluss, sie haben eine Haltestelle quasi vor der Haustür. Sie sind dann auch besser mit dem Fahrrad erreichbar, weil ja auch in der Neutorgasse ein Fahrradweg errichtet wird. Aber natürlich jetzt in der Bauphase ist da einiges an Belastungen zu erwarten mit Lärm, mit Staub etc. und insofern ist da auch diese Baustellenförderung jetzt eine ganz besonders wichtige Maßnahme. Die hat eben die Wirtschaftsabteilung hier ausgearbeitet. Es hat ja bisher schon eine Baustellenförderung gegeben, das war bei Baustellen über 2 Wochen mit 500 Euro, bei über 4 Wochen 1000 Euro und bei über 6 Wochen 1500, Euro und zukünftig soll es eben jetzt auch eine Baustellenförderung über 3000 Euro geben, wenn die Baustelle länger als 4 Monate geht. Das wird natürlich im Rahmen der Innenstadtentlastung der Fall sein, also 16 Wochen ganz konkret. Es wird hier immer von drei Jahren geredet, so schlimm wird es dann an einzelnen Standorten natürlich nicht, aber es wird in den einzelnen Straßen über mehrere Monate natürlich zu Bauarbeiten und zu Baustellen kommen. Eine weitere Änderung, die auch noch hier drinnen steht, betrifft die Lage. Es sind jetzt nicht mehr nur die Geschäftslokale im Erdgeschoß, die diese Förderung beantragen können, sondern eben auch in anderen Geschoßen und, auch noch wichtig, Unternehmen, die einer Kette angehören, sind von dieser Förderung in Zukunft ausgeschlossen. Das heißt, es geht hier wirklich darum, die Grazer Betriebe zu

fördern, die Klein- und Kleinstunternehmen. Gemäß dem Bericht stellt der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus daher den Antrag:

1. Die diesem Beschluss beigefügte Förderungsrichtlinie wird genehmigt.
2. Die Laufzeit dieser Richtlinie erstreckt sich bis Ende 2025, also auch parallel zu den Innenstadtentlastungsbaustellen und
3. die finanzielle Bedeckung erfolgt aus dem Eckwert der Abteilung und richtet sich nach den jährlichen Budgetbeschlüssen. Hier wurde im Ausschuss noch nachgetragen, dass für 2023 ein Betrag von 100.000 Euro geplant ist, vorbehaltlich eben der Beschlussfassung des Gesamtbudgets durch den Gemeinderat im März.

Ich darf um Annahme bzw. Diskussion bitten.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die diesem Beschluss beigefügte Förderungsrichtlinie wird genehmigt.*
- 2. Die Laufzeit dieser Richtlinie erstreckt sich bis Ende 2025.*
- 3. Die finanzielle Bedeckung erfolgt aus dem Eckwert der Abteilung und richtet sich nach den jährlichen Budgetbeschlüssen.*

StR Dr. **Riegler:**

Danke, Frau Bürgermeisterin. Als Wirtschaftsstadtrat, der ich bin, darf ich Ihnen berichten, dass die sogenannte Innenstadtentlastung, die eigentlich in meiner Terminologie eine Innenstadtentflechtung ist, weil es darum geht, die Herrengasse und die Straßenbahnlinien, die alle durch die Herrengasse bekanntlich fahren müssen, zu entflechten und zu ermöglichen, dass sie eben auch über andere Routen insbesondere

nach Eggenberg, Wetzelsdorf kommen. Wenn Sie von Innenstadtentlastung sprechen, ist es natürlich ganz klar, was Sie damit meinen, nämlich, sie wollen am besten den Verkehr ganz aus der Innenstadt herausbringen, das in einer Gasse, nämlich der Neutorgasse, die jetzt bei Gott nicht gerade die Gasse ist, in der man sich gemütlich mit dem Liegestuhl hinsetzen möchte und sich ein wenig die Vogerl anhören möchte, aber sei es drum. Ich möchte Sie schon bei dieser Gelegenheit auf zwei Dinge hinweisen. Erstens ich kann mich gut erinnern, es war Sommer 2022, da haben wir zum ersten Mal erfahren davon, über eine weitgehend nicht bekanntgemachte Veranstaltung, dass es eben da die Baustelle geben wird am März 2023 und damals hat es auch noch geheißen, die Schönaugasse wird umgedreht. Es war dann so, dass ich das Thema aufgegriffen habe und zum Thema gemacht habe, denn es wäre schlichtweg nicht mehr möglich gewesen, die Schönaugasse während der Bauphase zu erreichen, wenn sie die Radetzkystraße bebauen, da ist dann offensichtlich sowohl das Straßenamt als auch die Frau Vizebürgermeisterin draufgekommen. Kurz darauf, wenige Tage darauf, wurde verkündet, ja, jetzt wird die Drehung der Schönaugasse doch nicht erfolgen, sondern erst nach Ende der Baustelle. Das zeigt, dass da offenbar nicht sehr vorausschauend gearbeitet wurde und seit damals bin ich immer wieder auch an dich herangetreten, Frau Vizebürgermeisterin, mit der Bitte, informieren wir die Unternehmen, informieren wir die Anrainer:innen, wie wird das alles werden. Informieren wir vor allem auch die Gazerinnen und Grazer, die aus anderen Stadtteilen Wege zu erledigen haben und bei denen nicht gleich ganz klar ist, wie sie jetzt z.B. von Gösting in die Innenstadt kommen unter den neuen Verkehrsgegebenheiten. Das heißt, ich muss euch leider sagen, dass die Art und Weise, wie ihr bisher nicht informiert habt, und das war im Juni, dass ich bei dir war, jetzt ist es Februar, in zwei Wochen startet die Baustelle. Es ist bisher gar nichts passiert. Es hat eine Veranstaltung gegeben im Congress. Die war eine relativ lieblose Aufhängung von Bauplänen und jeder, der nicht jeden Tag mit Bauplänen zu tun hat, tut sich schwer, sich darin zurecht zu finden. Man konnte da auch nicht genau abfragen, wie man bestimmte Wege, wo man Linksabbieger vorfindet, wie man wohin kommt. Ich hätte mir eigentlich gewünscht und ich finde es irgendwie als ein Armutszeugnis, dass man

bei der größten Baustelle, die die Stadt Graz für drei Jahre unter Beschlag nimmt, dass man da überhaupt keinerlei Interesse daran hat und das ist offensichtlich ein fehlendes politisches Interesse, die Menschen darüber aufzuklären. Man hätte Plakatwände gestalten können im öffentlichen Raum, wo Passantinnen, Passanten, die jeden Tag vorbeifahren, die Gelegenheit gehabt hätten, sich zu informieren. Fahren Sie nach Wien. In Wien ist momentan gerade die Megabaustelle der Untergrundbahn. Da sehen Sie seit Jahren die Informationen, die die Menschen brauchen öffentlich. Aber aus irgendeinem Grund hat das nicht sein sollen. Ich war dann noch einmal bei dir und habe dich gebeten darum, dass wir gemeinsam eine Informationskampagne machen. Bis jetzt ist nichts geschehen, deswegen möchte ich bei dieser Gelegenheit anmerken, Baustellenförderung ist eines, aber eigentlich die Menschen darüber zu informieren, was auf sie zukommt und im Übrigen auch, wie viele Parkplätze wegfallen, das ist das Zweite und das wäre sehr wichtig gewesen.

Zu den Parkplätzen. Ich bin, seit ich jetzt das Amt des Wirtschaftsstadtrates innehaben darf, wirklich permanent unterwegs und ich habe bisher ca. 150 – 160 Unternehmen besucht, mit Unternehmer:innen und Führungskräften gesprochen und es gibt ein gemeinsames Thema, das ist jenes, dass sie sagen, sie machen sich Sorgen, dass die verkehrsmäßige Erschließung nicht mehr so gut sein wird, dass durch den Wegfall von Parkplätzen die Innenstadt aussterben könnte, dass Unternehmen für Jahre und vielleicht dauerhaft keine Zufahrtsmöglichkeiten haben für Lieferanten, für Kunden z.B. am Joanneumring. Du hast mir auch vor zwei Wochen bei deiner Veranstaltung nicht sagen wollen, wissen wirst du es wahrscheinlich schon, ob die Parkplätze am Joanneumring, die Schrägparkplätze entlang beim Knilli, ob die dauerhaft wegkommen oder ob die nach der Baustelle wieder kommen werden. Also ich möchte bei dieser Gelegenheit schon anmerken, etwas mehr Information wäre für die Unternehmen und Unternehmerinnen wünschenswert gewesen und viele, viele Unternehmerinnen und Unternehmer äußern sich genau darüber sorgenvoll. Abschließend, das Budget der Wirtschaftsabteilung ist laut dem momentanen Stand seit Dezember noch einmal um 500.000 Euro gekürzt worden. Also ist es fast grotesk, dass man auf der einen Seite dann verlangt im Wirtschaftsausschuss, dass man zwar das Budget aufstockt und es

sogar im Stück festschreibt, gleichzeitig aber eigentlich das Wirtschaftsbudget insgesamt kürzt. Also ich möchte wirklich ganz dringend darum bitten, dass in den letzten Wochen bis zur Budgetauflage diese Ansätze noch korrigiert werden und dass man auch da etwas mehr erfährt als bisher. Dankeschön.

*Zwischenruf Gr. **Lenartitsch**: Zu dem Thema oder zu etwas anderem (allgem. Gelächter)?*

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Zum Wort Innenstadtentlastung, ich denke, das ist ein Missverständnis und wir haben ja hier im Gemeinderat die Innenstadtentlastung, wie sie jetzt gebaut wird, gemeinsam beschlossen und das Wort war nur deswegen von der Verkehrsabteilung und den sozusagen auch bei uns damit Beschäftigten das bessere Wort, weil es keine Entflechtung ist im Sinne von, da werden mehrere Linien in irgendwelche Richtungen gestaltet, sondern die Herrengasse wird entlastet. Deswegen Entlastungsstrecke. Das hat sonst noch nix mit irgendetwas anderem zu tun, mit keinen Maßnahmen rundherum. Was wir jetzt gerade machen und angehen, ist die Innenstadtentlastungsstrecke, genauso wie wir sie hier gemeinsam, ich glaube sogar einstimmig, beschlossen haben (*Appl.*). Jetzt zu deinem von dir genannten Beispiel Wien. Im Unterschied zur Linie 3, die in Wien gebaut wird, ich kenne das gut, das hat eine super Informationskampagne parallel, wir haben aber noch keine Baustelle und du darfst gespannt sein, was ab Baubeginn, nämlich Anfang März, passieren wird, von Infokampagne über die nächste BIG, die dem Thema gewidmet sein wird, bis zu Flugblättern an die Anrainer:innen, Einbindung der Wirtschaftstreibenden. Wir haben die zwei Veranstaltungen gehabt, ja, da ist State of the Art, von der Baudirektion und ich würde das nicht schlechtreden wollen, wie du das tust, weil da waren nämlich sämtliche am Bau beteiligte Menschen aus der Holding und der Stadtbaudirektion anwesend bei den Tafeln und haben jede Tafel und jeden Abschnitt genau erklärt. Das

ist vielleicht eine nüchterne Ausstellung, aber sie war zweimal der Fall und beim zweiten Mal war sie extrem gut besucht, weil halt aufgrund der Zeitnähe das Interesse und die Betroffenheit eine größere war, aber da möchte ich echt nicht schlecht reden, was der Herr DI Masetti, der das federführend leitet das ganze Projekt, da gemacht hat (*Appl.*). Alles andere, wir dürfen uns freuen auf eine große Kampagne, auf eine schöne Kampagne, die wir gemeinsam mit der Holding machen, weil das ist ja das umsetzende Unternehmen und auch du darfst gespannt sein und ich hoffe, dass wir das dann gemeinsam alle tragen (*Appl.*).

StR Eber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Günter Riegler, danke für deine Wortmeldung und danke auch für die Einbringung dieses doch wichtigen Stückes. Ich glaube, zunächst einmal Entflechten, Entlastung, durch die Entflechtung wird ja die Herrengasse entlastet, wie ja die Judith Schwentner schon ausgeführt hat. Da steckt nichts Böses dahinter. Grundsätzlich ist das natürlich eine große und wichtige Baustelle, die hier geschaffen wird, vor allem das Ergebnis wird ein großartiges und wichtiges sein und es freut mich auch, dass wir das seinerzeit auch gemeinsam beschlossen haben und auch mit Unterstützung deiner Fraktion, um hier ein Stück weiterzukommen, was den öffentlichen Verkehr angeht. Wichtig, und darauf hast du ja auch hingewiesen, ist selbstverständlich die Einbindung der Bevölkerung, die Information gegenüber der Bevölkerung und natürlich speziell in der Innenstadt, aber natürlich auch im ganzen Stadtgebiet und auch darüber hinaus, weil natürlich die Menschen wissen müssen, wissen sollen, wie viele dann auch in die Stadt hineinkommen und natürlich ist der eine oder andere auch darauf angewiesen, mit dem PKW in die Stadt zu kommen. Aber ich bin da sehr zuversichtlich, dass in den nächsten Tagen und Wochen da noch viel an Information passieren wird und diese Information uns dann auch ständig die nächsten Monate und Jahre begleiten wird. Was jetzt das Stück direkt angeht, die Baustellenförderung für Wirtschaftsbetriebe,

möchte ich sagen, ich halte das grundsätzlich für sehr positiv. Ich glaube auch, dass das Budget der zuständigen Abteilung groß genug ist, um diese Förderungen auszubezahlen. Insbesondere dann, wenn es jetzt stimmt, oder so habe ich es zumindest vernommen, dass für 2023 ein Betrag von rund 100.000 Euro veranschlagt wird für diesen Bereich. Und nachdem wir hier ja davon ausgehen können, dass ein nicht unbeträchtlicher Betrag bereits 2022 in der betreffenden Abteilung aufs Sparbuch auch gegangen sein wird, sind wir zuversichtlich, dass wir mit diesem Betrag auskommen werden. Sollte das nicht der Fall sein, werden wir uns sicher etwas einfallen lassen, um diese Förderung weiterhin auszahlen zu können. Danke *(Appl.)*.

StR Dr. Riegler:

Wer es heute verfolgt hat, das ist ein interessantes Sittenbild, dass zwei Wochen, bevor die größte Baustelle der Stadt Graz beginnt, die Verkehrsreferentin, mit der ich seit über 1 ½ Jahren darüber rede, oder seit über einem ¾ Jahr rede, mir sagt, du wirst dich noch wundern, was wir für tolle Kampagnen machen und wie toll wir informieren werden. Ich frage mich jetzt wirklich, warum kann man nicht miteinander reden? Wir sitzen im gleichen Stockwerk, wir sind Türnachbarn, wir sehen uns jede Woche im Stadtsenat, wieso in aller Welt, es ist schön wenn ich jetzt in der Gemeinderatssitzung das erfahre, dass du vorhast, eine Kampagne zu machen, aber eigentlich ist das genau der neue Stil, den du auch immer wieder einforderst, der Diskussionen, der neue Stil, den du genau nicht lebst, dass man eben alle einbindet, dass wir alle gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg nach den gemeinsamen Interessenslagen etwas diskutieren, etwas gemeinsam planen. Nein, es wird etwas geplant im geheimen Kammerl und dann wird mir mitgeteilt, ja, Herr Wirtschaftsreferent, Sie werden schon sehen in zwei Wochen, was für eine tolle Kampagne losgeht. Das ist nicht der versprochene neue Stil, den ihr in der Antrittspressekonferenz nach der Regierungsbildung angekündigt habt *(Appl.)*.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Zwei Anmerkungen meinerseits; erstens einmal möchte ich anmerken, dass wir so viele Stadtregrungssitzungen seit über einem Jahr haben, wie in den letzten Perioden nicht und zweitens möchte ich, weil es einfach wichtig ist, weil wir alle hier wissen, und da hat es ja schon unterschiedliche Zuständigkeiten gegeben, was das alles für eine Heidenarbeit ist, diese Innenstadtlastungsstrecke ist tatsächlich eine große Baustelle, wo es viel Arbeit und Vorbereitung gebraucht hat und dafür möchte ich mich ganz herzlich bei allen, die bisher schon daran gearbeitet haben und vor allem, die auch jetzt die Kommunikation nach außen teilweise schon gemacht haben, weil vielleicht sind Sie heut schon bei dem Wartehäuschen vorbeigegangen und haben schon einige Sachen gesehen und dafür möchte ich mich bei den Graz Linien, bei der Stadtbaudirektion und vor allem, weil er auch gerade hier ist, beim Herrn Max Mazelle bedanken, weil die Kommunikationsabteilung jetzt hier schon vieles getan hat an Kommunikation für die Grazer Bevölkerung, aber auch für die nach Graz Kommenden, weil um die geht es ja auch, um die Einpendler:innen. Das fängt an bei Radio bis hin zu Verteilaktionen bei den Einfahrtsstraßen, Sondernummer BIG, die Sie auch bald in den Händen haben werden, und vieles mehr. Aber das ist immer mit viel Arbeit verbunden und ich finde, es gehört sich auch, dass man sich dafür bedankt (*Appl.*)

Kozina-Voit:

Ich möchte die stadtregrungsinterne Diskussion nicht stören (*lachen aus den Reihen des Gemeinderates*).

Ich habe mir gedacht, der Antrag wird gleich durchgehen, deswegen habe ich auch nicht gedacht, dass ich mich jetzt hier noch einmal zu Wort melden sollte. Es ist aber trotzdem, Herr Stadtrat Riegler, da sind schon einige Unterstellungen drinnen gewesen gegenüber der grünen Fraktion auch und ja, das kann man so jetzt einmal stehen lassen. Wir werden eh noch gewisse Themen besprechen, aber der ganz tolle Stil ist es meiner Meinung nach nicht. Und vielleicht eines, ich würde mich schon freuen, wenn

ich dort vor dem Joanneum sitzen könnte, da ist eine schöne Anlage eigentlich, ein schöner Park und wenn man dort die Vögel zwitschern hören würde statt dem Autolärm, das fände ich schon sehr schön. Daran kann man ja arbeiten (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR DI Ram

**9.7 Stk. 2) A 15-64465/2022-2 Förderung Geschäftsbelebung durch
Ansiedelung und Pop-up-Nutzungen**

Ram:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauer. Ich darf ein weiteres Stück der Wirtschaftsabteilung einbringen. Ich glaube, ein ganz wichtiges Stück. Es wird hier ja ein Thema angegangen, über das jetzt, seit ich im Gemeinderat bin, über das wir schon oft debattiert haben. Es geht um die Leerstandsentwicklung gerade so im Erdgeschoßbereich vorwiegend in der Innenstadt. Hier stelle ich ein Stück vor und ich wollte es auch berichten, weil es wichtig ist für die Öffentlichkeit, dass es diese Förderung gibt. Es ist wirklich eine schöne Geschichte. Wir sprechen hier von der Geschäftsbelebung von einer Fördersumme von bis zu 10.000 Euro, von denen 75 % gefördert werden und die können investiert werden in Geschäftsausstattung, in alles, was man für den Aufbau von einem Geschäft braucht und ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Tool, um eben gerade die Einstiegshürden, wenn man eben ein neues Geschäft, ein neues Restaurant etc. eröffnet. Die zweite Geschichte ist eine Pop-up-Förderung. Hier geht es um eine temporäre Nutzung von Geschäftsflächen. Wiederum 3000 Euro, auch wieder 75 % Förderung und wird gerade in der Vorweihnachtszeit sehr gut genutzt von allen möglichen kleinen Unternehmen, auch Künstlern etc. Wir

sind froh, dass es hier eine Neuauflage gibt, dass es leicht adaptiert wird und würden uns freuen, wenn viele kleine und Kleinstunternehmen das nutzen können und werden und dass die Wirtschaftsabteilung viele Förderungsansuchen bekommt. Vielen Dank, ich bitte um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die diesem Beschluss beigefügten Förderungsrichtlinien werden genehmigt.*
- 2. Die Laufzeit dieser Richtlinien erstreckt sich bis Ende 2025.*
- 3. Die finanzielle Bedeckung erfolgt aus dem Eckwert der Abteilung und richtet sich nach den jährlichen Budgetbeschlüssen.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Taberhofer

9.8 Stk. 5) A 5- 142055/2021-3 SozialCard-Aufwandsgenehmigung für die Aktionen 2023 i.H.v. insgesamt EUR 2.350.000,--

Taberhofer:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerin, ich sehe nur noch eine. Das vorliegende Stück betrifft die SozialCard-Aufwandsgenehmigungen für Aktionen im Jahr 2023 in der Höhe von insgesamt 2.350.000,-- Euro. Das ist dann aufgeschlüsselt, für den Energiekostenzuschuss 2023 EUR 1.320.000,--, die Schulaktion hat eine Aufwandsgenehmigung insgesamt für 2023 in der Höhe von EUR 210.000,--, der Kleinkinderzuschuss 2023 eine Aufwandsgenehmigung von insgesamt EUR 40.000,-- und die Weihnachtsbeihilfe 2023 eine Aufwandsgenehmigung insgesamt von EUR 780.000,--. Wie Sie wissen, ist das ein

finanzieller Rahmen und es ist so, dass bezüglich dieser Aufwandsgenehmigungen ist es ganz wichtig diesen finanziellen Rahmen für dieses Jahr festzusetzen und Sie wissen, dass bezüglich des Energiekostenzuschusses für 2023 jetzt eine Unterstützung von 110 Euro pro Haushalt gibt, bei der Schulaktion beträgt sie 60 Euro pro schulpflichtigem Kind bzw. Kinder, die die allgemeine Schulpflicht abgeschlossen haben, aber weiterhin eine Schule besuchen. Der Kleinkinderzuschuss beträgt 40 Euro pro Kind und dann haben wir noch die Weihnachtsbeihilfe in der Höhe von 50 Euro pro Haushalt, und ab der vierten Person erhöht sich der Beitrag um 10 Euro pro weiterer Person. Jetzt ist es natürlich wichtig, diesen finanziellen Rahmen festzulegen für das kommende Jahr und deshalb ersuche ich Sie natürlich um Annahme des vorliegenden Stückes.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigungen für die Aktionen der SozialCard im Sinne des Motivenberichts über insgesamt EUR 2.350.000,-- bzw. aufgeteilt wie folgt:

- *EUR 1.320.000,-- für den Energiekostenzuschuss sowie*
- *EUR 210.000,-- für die Schulaktion sowie*
- *EUR 40.000,-- für den Kleinkinderzuschuss sowie*
- *EUR 780.000,-- für die Weihnachtsaktion*

für das Jahr 2023 werden erteilt.

GRⁱⁿ Hopper:

Vielen Dank. Liebe geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste und Zuhörer:innen im Livestream. Ich darf mich hier ganz kurz zu Wort melden. Ich denke, wir haben das im Ausschuss bereits auch lang thematisiert. Wir stehen selbstverständlich bekanntlich uneingeschränkt hinter der

SozialCard und es ist auch außerordentlich erfreulich, dass wir in der aktuellen Lage den Energiekostenzuschuss wieder anheben konnten und gleichzeitig wissen wir ob der uneingeschränkten Zustimmung zur SozialCard, dass wir unterschiedliche Zugänge haben und auch in der Vergangenheit hatten. Aus diesem Grund haben wir in gewohnter Weise auch einen Abänderungsantrag vorbereitet, der sich in den wesentlichen Punkten mit der Veränderung der Anspruchsberechtigten befasst. Genauso mit der Auszahlungsmodalität einzelner Zuschüsse, und aus diesem Grunde darf ich im Namen des Gemeinderatsclubs der ÖVP den Abänderungsantrag stellen, dass der Gemeinderat die zuletzt geänderten Anspruchsberechtigungen, die in der September-Sitzung letzten Jahres beschlossen wurden, doch wieder rückgängig machen möge, dazu zählen bekanntlich die Mindestzeit des Hauptwohnsitzes in Graz genauso wie die Erweiterung der Nachweise über ein geringes Einkommen. Der Gemeinderat der Stadt Graz möge darüber hinaus im Hinblick auf die Zielsicherheit der 2018 eingeführten Ausgabenmodalitäten, wir erinnern uns an das Gutscheinsystem, das aus unserer Sicht sehr, sehr gut und auch sehr zielsicher funktioniert hat und, so glaube ich, im Ermessen der Stadt Graz ist, dass man auch wirklich sicherstellt, dass die Förderungen, wenn die ausbezahlt werden, auch wirklich dort ankommen, wo sie hingehören, dass diese Auszahlungsmodalität wieder eingeführt, wieder implementiert wird. Ich bitte um Zustimmung, obgleich ich auch vorweg festhalten möchte, dass wir sehr wohl wissen, dass wir hierzu unterschiedliche Zugänge haben und abschließend noch einmal festhalten möchte, dass die SozialCard in der Form, wie sie auch in der Vergangenheit erweitert wurde, in der Form wie auch in der Vergangenheit, ob es jetzt der Kleinkinderzuschuss war oder auch die Erhöhung der Kinderbeihilfe und jetzt auch die Erhöhung des Energiekostenzuschusses, wirklich begrüßenswert ist und etwas, worauf die Stadt Graz wirklich stolz sein kann ist. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die SozialCard wurde am 01.10.2012 mit dem Ziel in Graz eingeführt, Menschen mit geringem Einkommen finanziell unter die Arme zu greifen und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Diese Karte bietet, als freiwillige Leistung der Stadt Graz, Zugang zu Vergünstigungen in öffentlichen sowie privaten Einrichtungen, unterstützt die Inhaber:innen mehrmals jährlich durch finanzieller Förderungen und trägt seit jeher zu einer maßgeblichen Erhöhung der Mobilität der Grazer Bürger:innen bei.

Die Grazer SozialCard wurde seit ihrer Einführung schon mehrfach geändert, deren Leistungskatalog sowie der Bezieher:innenkreis stetig erweitert bzw. der Erhalt der Leistungen erleichtert, sodass nunmehr rund 10.000 Grazer Haushalte die Förderungen der SozialCard in Anspruch nehmen.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 22. September 2022 wurden die Anspruchsvoraussetzungen massiv abgeändert:

- *Reduktion des Hauptwohnsitzes in Graz von 12 auf 6 Monate;*
- *Entfall der zwingend vorgeschriebenen Vorlage von Sprach- und Wertekursen für Drittstaatsangehörige;*
- *bei Nichterfüllung der GIS-Befreiung reicht der Bezug der Wohnunterstützung nach dem Stmk. Wohnunterstützungsgesetzes.*

Diese undifferenzierte Ausweitung der Anspruchsberechtigten schwächt die gut etablierten Integrationsanreize wie bspw. Spracherwerb.

Bereits im Jänner 2022 wurde die Beantragungsnotwendigkeit zur Teilnahme an den Aktionen der SozialCard abgeschafft. Die Auszahlung des Energiekostenzuschusses bspw. erfolgt seither ohne gesonderte Antragstellung. Die unkomplizierte Antragstellung war für Anspruchsberechtigte niederschwellig und leicht durchführbar. Die bewusste Entscheidung um Unterstützung anzusuchen ist aus unserer Sicht ein

wesentlicher Faktor, wenn es um freiwillige Leistungen der Stadt geht, die für jene gedacht sind, die sich in finanziell herausfordernden Situationen wiederfinden. Die Ausgabe der Weihnachts- und Schulbeihilfe sowie des Kleinkinderzuschusses in Form von zweckgebundenen Sachgutscheinen wurde ebenso abgeschafft. Die rund 300 Einlösestellen waren Garant dafür, dass die Beihilfen für den von der Stadt angedachten Zweck verwendet werden. Namens des Gemeinderatsklubs der ÖVP stelle ich daher den

Abänderungsantrag:

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur etablierten Grazer SozialCard und möge im Hinblick auf die Bewährtheit der Richtlinien, die bis 22. September 2022 galten, die zuletzt vorgenommenen Adaptionen rückgängig machen. Dazu zählen bspw. die Änderung der Mindestzeit des Hauptwohnsitzes in Graz und die Erweiterung der Nachweise über geringes Einkommen.
- 2) Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Hinblick auf die Zielsicherheit der 2018 eingeführten Ausgabemodalitäten (Gutscheine) der Schulbeihilfe, des Kleinkinderzuschusses und der Weihnachtsbeihilfe festhalten und diese wieder implementieren.

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie und liebe Zuschauerinnen und Zuschauer vielleicht im Livestream. Wir haben diese Debatte im Gemeinderat tatsächlich schon öfter gehabt. Die schon länger in den Gremien sitzen, wissen, dass es hier unterschiedliche Zugänge gibt. Wir als Koalition

stehen für einen niederschweligen unbürokratischen Zugang zur SozialCard und all ihren Leistungen. Warum tun wir das? Wir sind der festen Überzeugung, dass Menschen, die die SozialCard bekommen, Menschen sind, die an der Armutsgrenze leben, das sind Menschen, die es ohnehin oft schon schwer haben in ihrem Leben, die vielleicht an einer Krankheit leiden, die andere Schicksaalschläge in ihrem Leben hatten und wir als Politik ihnen das Leben nicht unnötig schwer machen sollten, sondern leichter, und in diesem Sinne haben wir eben damals auch den Zugang zur SozialCard wieder erleichtert. Was mich jetzt aber wundert an diesem Abänderungsantrag, den du eingebracht hast, Anna, ist ja, dass wir heute gar keine Zugangsregeln zur SozialCard beschließen, das hatten wir schon, sondern wir beschließen jetzt gerade die Aufwandsgenehmigung. Das bedeutet, wir beschließen das Geld, das für die SozialCard zur Verfügung gestellt wird, das ist in der SozialCard einstimmig beschlossen worden und jetzt nur den Gedanken zu Ende gedacht, wenn wir jetzt eurem Abänderungsantrag zustimmen würden, Abänderungsantrag bedeutet, dass das eigentliche Stück dann eigentlich weg ist, würde ja bedeuten, dass wir gar kein Geld für diese Leistungen der SozialCard zur Verfügung stellen würden. Das kann sicher nicht in eurem Sinne sein. Deswegen finde ich die Vorgangsweise etwas befremdlich und möchte uns alle dazu aufrufen, natürlich ist es wichtig, dass wir unsere Argumente hier einbringen, dass wir vielleicht auch unterschiedliche Anschauungen haben, aber bei all dem nicht vergessen, seriös inhaltlich zu arbeiten. Danke.

Hopper:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Manuela. Ich darf da ganz kurz noch replizieren. Zuallererst möchte ich mich wirklich verwehren, vor allem deinem letzten Satz gegenüber betreffend Unprofessionalität oder Anderwärtiges zu unterstellen. Ich finde, das machen wir nicht, das ist etwas, das auch hier nicht hingehört und es ist nicht unprofessionell. Uns war es wichtig und wie du es auch ausgeführt hast, dass wir diese unterschiedlichen Zugänge, die wir haben, auch festhalten. Das ist uns auch

wichtig und es ist auch als Oppositionspartei hier unser Recht, unsere Positionen genauso einzubringen und auch in schriftlicher Form einzubringen. Wenn wir hier hergehen und sagen, wir möchten festhalten, dass diese Änderungen, die wir im September getroffen haben, auch die Änderungen, die wir im Jänner getroffen haben, etc. nicht unserem Sinn entsprechen, dann ist es etwas, das unser gutes Recht ist und da brauchen wir wirklich keine Belehrung von dir, liebe Manuela, und dem würde ich mich zukünftig bitte verwehren. Richtig bist du dahingehend, dass wir auch im Ausschuss, genauso wie wir jetzt auch abstimmen werden, selbstverständlich für dieses Stück sind und auch zum Thema unprofessionell oder Erwartungshaltungen etc. Uns ist sehr bewusst, dass ihr als Koalition diesem Abänderungsantrag, so nehme ich doch wohl an, nicht eure Zustimmung geben werdet. Auch in der Vergangenheit haben wir immer wieder in der vergangenen Periode die Abänderungsanträge der KPÖ bearbeitet, die beispielsweise die Rückführung auf die automatische Ausbezahlung thematisiert haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir hier herausgegangen sind und gesagt haben, warum macht ihr das? Das ist unprofessionell und dann würde ja der Rest nicht passieren. Ich finde deswegen diesen Zugang und dieses Belehrende hier vorne eigentlich wirklich schade. Wir sind natürlich für dieses Stück und wir werden auch dem Originalstück so zustimmen. Das weißt du ja auch, wenn du hier herausgehst. Wir haben das ja im Ausschuss auch so gemacht. Gleichzeitig ist es unser gutes Recht, in einem Abänderungsantrag unsere Positionen zu den Auszahlungsmodalitäten sehr wohl festzuhalten und ich möchte vielleicht einmahnen, ich weiß nicht, ob mir das überhaupt zusteht, die Anschuldigungen von Unprofessionalität etc. insbesondere, wenn es darum geht, wenn es um freiwillige Sozialleistungen geht, wo wir mehrheitlich eigentlich auf dem gleichen Dampfer sind, es vielleicht einfach außen vor zu lassen. Es ist eigentlich ein wenig schade, wie du richtig gesagt hast, von der SozialCard sprichst und von den großen Summen an Auszahlungen, wo wir natürlich auch mitgehen werden und alle gemeinsam dafür stehen. Vielen Dank dafür.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.03 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Es ist zwar meine liebe Kollegin Ulli Taberhofer die Berichterstatteerin und würde wahrscheinlich zum Schlusswort hier noch einige Anmerkungen dazusagen, aber nachdem ich fast eine Zeitzeugin bin, seit dem ersten Tag, wo die SozialCard hier zum ersten Mal mittels Antrag eingebracht wurde und auch als zuständige Sozialstadträtin, nun in der Funktion als Bürgermeisterin, ist es mir ein echtes Anliegen, hier ein paar Sachen dazuzusagen. Selbstverständlich kann man die Sachen unterschiedlich sehen. Eine Sache kann man aber, da denke ich mir, sind wir alle gleich, nämlich die, dass es am allerbesten wäre, wir bräuchten überhaupt keine SozialCard, wir bräuchten keine Wohnunterstützung, wir brauchen keine Mietzinszahlung, wir brauchen keinen Energiekostenzuschuss und wie eben viele Leistungen, die wir in der Stadt Graz letztendlich gerade, Gott sei Dank einstimmig, eigentlich die meisten, soweit ich in Erinnerung habe, letztendlich geben. Warum? Weil, wenn wir sie nicht machen würden, und da rede ich jetzt nicht einmal von der Teuerung, weil diese Zahlen haben wir nicht einmal noch, wie sich das auf die Menschen auswirkt, aber Sie wissen, dass wir den Bericht über die soziale Lage in der Stadt Graz, und der ist ja umlegbar auf alle großen Städte aber auch auf große Gemeinden, denen geht es ja auch nicht besser diesen Leuten dort. Die Teuerung, die in den letzten Jahren da eingeflossen ist, die ist noch gar nicht berücksichtigt in diesen Kennzahlen. Und wenn wir diese Leistungen nicht geben würden, dann hätten wir weit über 50.000 Menschen, die nicht armutsgefährdet, das ist ja noch einmal eine andere Geschichte, sondern tatsächlich arm sind. Weil wir diese Leistungen haben, sind ca. 19.000 Menschen, und da reden wir noch einmal von einem Bericht, der nicht die Situation der Leute im letzten Jahr inkludiert und die aktuellen, weil da wären die aus meiner Sicht noch höher, weil ja noch viel mehr Menschen weggebrochen sind. Die selbständig sind, die berufstätig sind usw. Sie wissen das alles und ich möchte da jetzt auch gar nicht weiter ausholen, aber ich glaube, dass wir uns alle wünschen würden, wir würden diese Leistungen gar

nicht brauchen, weil eines ist definitiv der Fall, sie macht die Leute zu Bittstellern, und das will niemand sein. Es sind ein paar wenige, die wird es immer geben, die Angst, dass etwas missbraucht wird, das hat es in der Geschichte gegeben, das wird es immer geben. Zu glauben, man kann so einen Kontrollapparat, einen 100 %igen, aufbauen, der bis ins Letzte die Menschen durchleuchtet, ist ein Unsinn. Ist nicht einmal den Euro wert, das zu machen, weil wie gesagt, zu 99 % brauchen diese Menschen diese Leistungen. Vor allem diejenigen, die Kinder haben. Sie wissen, in der Steiermark und in Graz ist die Kinderarmut sehr hoch. Reden Sie mit Lehrerinnen und Lehrern, reden Sie mit Kindergärtner:innen. Die sehen das jeden Tag, die wissen, was den Familien bleibt, mit welchen Defiziten hier die Kinder schon in die Schule kommen und wir alle, hoffe ich doch, möchten immer alles dafür tun, die Menschen nicht klein zu halten, sondern sie stark zu machen. Das kann man halt nur, wenn ein paar Euro mehr in der Kassa bleiben und den Kindern auch ein Weiterkommen gewähren und zu sichern. Uns gehen in Wirklichkeit eh die gleichen Gedanken durch den Kopf, hoffe ich immer, und ich bin auch zutiefst davon überzeugt. Wir kommen heute noch zu reden auf Menschen, die bei uns hier leben, die ihre Familien in dem Erdbebengebiet haben, die sind ja unsere Mitbürger. Was glauben Sie, was denen durch den Kopf geht zusätzlich noch zu dem Ganzen, was da ist? Ich finde, dass das oft, auch wenn man das anders sehen kann, das ist legitim, aber seien wir froh, dass wir diese Leistungen noch geben können, dass wir diese budgetären Mittel haben oder bereitgestellt werden können und vor allem, dass die SozialCard-Ausweitung auch berufstätige Menschen künftighin mit kleinem Einkommen umfasst. Das ist wichtig, damit eben auch nicht ein Auseinanderdividieren von nicht berufstätigen und berufstätigen Menschen mit geringem Einkommen gemacht wird. In diesem Sinne bitte ich Sie einfach, diesem Stück, das das Sozialamt wie immer gut vorbereitet hat, zuzustimmen (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (15.08 Uhr).

StR Hohensinner:

Ich möchte ganz kurz hier auch das Wort ergreifen, weil ich war ja die vergangenen fünf Jahre Sozialstadtrat und wir haben die Leistungen extrem ausgebaut, sehr treffsicher ausgebaut und ich möchte hier wirklich noch einmal unterstreichen, dass Wertgutscheine niemanden zu einem Bittsteller machen. Wertgutscheine sichern nur ab, dass das Geld für die Leistung, die vorgesehen ist, auch verwendet wird. Ich möchte nur noch einmal sagen, ich selbst habe das in der Lebenshilfe erlebt, wie Geld überwiesen wurde und das Geld dann leider nicht für die Familie verwendet wurde, sondern für Gasthausrechnungen oder Glückspiel. Und gerade als Familienstadtrat möchte ich wirklich sicherstellen, wenn es eine Schulbeihilfe gibt, dass z.B. dieses Geld auch wirklich bei den Kindern ankommt. Da braucht man jetzt nicht zu sagen, da wird eine unnötige Hürde aufgebaut, sondern da wird das Geld wirklich für das kanalisiert, für das es vorgesehen ist. Ich habe jetzt unlängst mit der Caritas-Direktorin ein Gespräch gehabt, die haben wir in den Klub eingeladen und ich habe gefragt, wie die Caritas das Geld bereitstellt und sie hat gesagt, eigentlich fast zur Gänze in Wertgutscheinen, weil die Caritas das scheinbar auch ähnlich sieht. Und ich möchte auch sagen, wenn wir man mit dem Begriff Bittsteller herumwirft, ich finde, und deswegen habe ich auch den Fonds „Graz hilft“ so aufgestockt, dass die Menschen, die in Not sind, und das Schicksal kann jeder haben, wirklich vom Amt dann eine Unterstützung bekommen. Ich finde es nicht gut, wenn man zu einer Politikerin, zu einer Bürgermeisterin gehen muss, wenn man dort vorstellig werden muss, um dann ein Geld zu bekommen. Das finde ich nicht den richtigen Weg, deswegen sollte man, das ist meine Bitte, auch die Unterstützungen zukünftig verstärkt über den Fonds „Graz hilft“ vergeben. Danke (Appl.).

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.11 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Manche sagen zu mir immer, ich habe einen Langmut und ich versuche, immer alle einzubeziehen und auch wertschätzend zu agieren. Das habe ich mit der vorigen Wortmeldung probiert und versucht. Das scheint irgendwie überhaupt nicht gesehen zu werden. Sei es drum, ich muss, wenn ich dir protokollmäßig sagen würde, jetzt sage ich es anders herum, welchen Widerstand überhaupt es gebraucht hat die Einführung der Sozialcard, dann würde wir bis morgen dasitzen. Erstens, und jetzt kann man sich vielleicht ausrechnen, von wem der Widerstand gekommen ist (*Appl.*). Die zweite Sache, zu mir kommen die Leute seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Funktionen und zwar egal in bildungspolitischen Fragen, Kindergartenplatzsuche, in Verkehrssachen, wenn es um einen Pflegeplatz geht, weil ich, zum Unterschied oft von vielen anderen, ich rede gar nicht von dem Haus, aber ich sage, es gibt viele Politiker auf anderen Ebenen, das war jetzt wieder die versöhnliche Geste, die Türen offen haben. Das ist bekannt in Graz seit Jahrzehnten, das wissen die Leute und es ist auch der Grund, warum auch Caritasmitarbeiter:innen, und ich habe im Übrigen fast jede Woche mit der Norma Musenbichler einen Jour fixe und ich weiß, wie sie darüber denkt, die Türen offenstehen und selbstverständlich, wenn eine Hilfeleistung gebraucht wird, auch in finanzieller Hinsicht, das ist eh bekannt, wir, das tun ja auch meine Stadtratskollegen, von unserem eigenen Gehalt Unterstützungen geben. Das hat überhaupt nichts mit den Zuständigkeiten und mit den Leistungen des Sozialamtes zu tun, wo ich noch einmal betonen möchte, dass es uns immer darum geht, der Koalition unbürokratisch alle Leistungen zur Verfügung zu stellen und eben nicht unter Einflussnahme der Politik, und zwar allen Menschen, die hier in Graz leben, weil wir alle, die wir hier auch leben, die gleichen Möglichkeiten, Chancen und Rechte haben sollen. Davon bin ich zutiefst überzeugt, wenn wir ein friedliches Zusammenleben in Zukunft haben möchten (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (15.13 Uhr).

Taberhofer:

Ich möchte einfach nur noch einmal hervorstreichen, dass gerade in krisenhaften Zeiten wie diesen, wo die Folgewirkungen viele in immensem Ausmaß belasten werden, dass wir hier natürlich eine SozialCard als unverzichtbare Hilfe anbieten können, und im vorliegenden Stück ist vor allem der Teilbereich, die finanziellen Rahmenbedingungen für die Zuschüsse oder Beihilfen, gesichert und abgedeckt. In diesem Zusammenhang komme ich eben jetzt auf den Abänderungsantrag, weil da natürlich wieder die Tendenz zurück zu Gutscheinen eingebracht wurde. Es ist legitim, unterschiedliche Haltungen zu haben. Nur meine Kritik, die ich dabei habe ist die, dass wir Leuten unterstellten, die armutsgefährdet sind, die wirklich Probleme haben, dass sie ausschließlich dann das Geld für Sachen hinauswerfen wie Glücksspiele und Alkohol. Ich glaube, ich halte das für extrem unverantwortlich, so eine Haltung gegenüber diesen Menschen einzunehmen. Da bin ich wirklich sehr dagegen, und was den anderen Bereich anbelangt, nämlich die SozialCard und die voraussetzenden Bedingungen, möchte ich auch noch einmal hervorstreichen, es wird der Anteil derer steigen, die Probleme haben werden, ihre Lebenserhaltungskosten vom Wohnen, über Energiepreise, das alles auch wirklich finanzieren zu können und deshalb ist es für mich irgendwie auch ganz, ganz wichtig, dass man auch eine Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten oder Voraussetzungen bietet und ab 1. 2. werden Menschen, die ein geringes Einkommen haben, also Berufstätige mit geringem Einkommen, die eine Wohnunterstützung beziehen, auch eine SozialCard beantragen können. Ich habe jetzt auch keine aktuellen Zahlen, aber ich weiß, 2021 ist erhoben worden, dass in der Steiermark 51 % der Frauen Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse haben, geringe Verdienstmöglichkeiten haben und es ist keine freiwillige Entscheidung, die man ihnen irgendwie so zumutet. Auch das machen die Frauen halt nicht einfach, weil sie keine Lust haben, mehr zu arbeiten und es geht auch nicht mehr darum, dass sie Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse haben, die sie sich freiwillig aussuchen, weil es gibt Bereiche, da gibt es nichts anderes als Teilzeitbeschäftigung und niedriges Einkommen. Aus diesem Grunde halte ich das ganz wichtig, dass diese Zielgruppe als Anspruchsberechtigte, das ist bewusst gesetzt. Ich möchte vielleicht noch zwei

Beispiele nennen: Es verdient z.B. eine Reinigungskraft, die eine 30-Stunden-Anstellung hat, ca. 1050 Euro netto. Weil sie arbeitet, bekommt sie aber keine GIS-Gebühren-Befreiung und hat somit keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Die einzige Unterstützung, die sie erhält, sind ca. 100 Euro Wohnbeihilfe. Im Vergleich dazu verdient z.B. eine Heimhilfe im Pflegeheim für 30 Stunden ca. 1250 Euro netto. Auch ihr Grundgehalt ist sehr nieder. Wenn man jetzt annimmt, dass sie z.B. zwei Kinder hat, um die sie sich kümmern muss, verdeutlicht somit, dass sie aufgrund dieser Lebensbedingungen nur wenige Nacht- und Wochenenddienste übernehmen kann. Dann bekommt sie vielleicht 400 Euro Alimente und eine Wohnunterstützung von 111,-- Euro, aber das wird ihre Situation nur geringfügig verbessern. Deshalb halte ich das für ganz wichtig, dass Geringverdiener:innen, die vorher ausgeschlossen waren, die Möglichkeit damit haben, auch eine SozialCard beantragen zu können. Das finde ich, das ist ein weiterer wichtiger Schritt, armutsgefährdeten Menschen in unserer Stadt eben eine zielgerichtete Unterstützung zukommen zu lassen und es gehört auf allen politischen Ebenen darüber nachgedacht, was alles an Verbesserung oder Veränderung passieren muss und das ist unsere Möglichkeit, vor Ort da auch entsprechende Angebote machen zu können an diese Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. Deshalb ist für mich natürlich schon der Wunsch, dem vorliegenden Stück die Zustimmung zu erteilen und dem Abänderungsantrag in diesem Sinne keine Zustimmung zu geben (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KFG).

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Herlicska

- 9.9 Stk. 7) A 23-042531/2023-0003 Programm Lärmschutz ÖBB,
A 8-205500/2022-05**
- 1. Durchführungsvertrag Graz
Verschiebebahnhof, Lärmschutzmaßnahmen
gegen den Verschieblärm der ÖBB INFRA am
Verschiebebahnhof Graz Gösting,**
 - 2. Vertragserrichtung ÖBB Infra – Land
Steiermark – Stadt Graz,**
 - 3. Projektgenehmigung in Höhe von € 487.000,--**
 - 4. Budgetvorsorge über € 85.000,-- im LCF im
Jahr 2023**

Herlicska:

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, verehrte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich darf heute zu einem Stück Bericht erstatten, dass ein wirklich wichtiges ist und ich freue mich, darüber etwas berichten zu können. Es geht bei diesem Stück um die Schallemissionen auftretend beim Verschiebebahnhof Graz Gösting, wo es in der Vergangenheit zu vermehrten Beschwerden, ich muss persönlich dazu sagen, berechtigten Lärmbeschwerden, gekommen ist. Diese Lärmbeschwerden wurden durch ein schalltechnisches Projekt untersucht, beauftragt wurde da das Ziviltechnikbüro Kireschitz in Pinkafeld, und auch mit den Maßnahmen zur Sanierung wurde dieses Büro beauftragt und es liegt nun ein Vertragsentwurf seitens der ÖBB für die Durchführung dieser Lärmschutzmaßnahmen vor und diesen Vertrag und um diese Unterzeichnung dieses Vertrages geht es nun bei diesem Gemeinderatsstück. Ich darf Ihnen nun den Umfang der geplanten Maßnahmen näherbringen. Es geht hier einerseits um Lärmschutzwände, die errichtet werden sollen und zwar vier Stück, die genaue Lage ist im Bericht nachzulesen, und auch um Einzelprojektsanierungen. Da geht es um Sanierungsmaßnahmen an Fenstern und Fassaden. Hier wurde zur Beurteilung der Grenzwert von 55 Dezibel herangezogen. Das ist eben ein Dauerschallpegel, der hier herangezogen wurde, um das ganze messbar zu machen und auch abbilden zu können, wie sich so eine Maßnahme positiv auswirken kann. Die Lärmschutzwände sind auch in den Beilagen

ersichtlich. Hier gab es einen kleinen Tippfehler. Die Lärmschutzwände kosten natürlich nicht 180.000 Euro pro m², sondern nur 180 Euro pro m². Das sollte nur erwähnt sein, weil es ja dann doch einen deutlichen Unterschied macht. Die Gesamtkosten dieses Projektes belaufen sich auf 1,770 Mio. Euro. Es wird eine Aufteilung geben dieser Kosten zwischen ÖBB, die 50 % der Kosten übernehmen, wir 25 % und das Land Steiermark 25 %. Mitberücksichtigt ist in diesem Betrag eine Kostenüberschreitung von max. 10 %. Aus dieser Berechnung ergibt sich dann ein Anteil für die Stadt Graz von 486.750 Euro. Schlagend werden bei uns für 2023 die Planungskosten für die Schallschutzwand mit 77.000 Euro und die restlichen Kosten verteilen sich dann für die Errichtung der Schallschutzwand mit 300.000 Euro auf im Jahr 2024. In den Jahren 2025 bis 2030 verteilen sich dann die restlichen Kosten, und zwar für den objektseitigen Schallschutz, also die Lärmschutzfenster und den Fassadenschutz.

Ich möchte noch auf die Anmerkungen des Umweltamtes eingehen. An der Stelle auch vielen Dank an den Herrn DI Ruthofer, der uns hier im Ausschuss zur Verfügung gestanden ist, uns diese Maßnahmen näherzubringen und das Projekt auch all unsere Fragen sehr gut beantworten hat können, danke dafür und ich möchte eben jetzt auch das darlegen, dass diese Maßnahmen, die jetzt getroffen werden, nur ein kleiner Teil des in Zukunft notwendigen Lärmschutzmaßnahmenpakets sein können, weil ja damit zu rechnen ist, dass nach Fertigstellung der Koralmbahn und des Semmeringbasistunnels noch weitere Lärmbelastungen auf uns zukommen werden. Allein auf Grund des erhöhten Aufkommens des Verkehrs, und daher werden noch weit erheblich größere Anstrengungen zum Schutz der Wohnbevölkerung notwendig sein. Die Finanzierung kann durch die Reduktion der Sparbuchrücklagen erfolgen. Die Verteilung der Projektkosten habe ich vorhin schon dargelegt und ich darf daher den Gemeinderat bitten, folgende Punkte zum Beschluss zu erheben und zwar, dass dem Motivenbericht wird zugestimmt, dass die sachlich zuständige Stadtsenatsreferentin ermächtigt wird, den Vertrag, den ich vorher vorgestellt habe, abzuschließen und zwischenzuunterfertigen auch die Projektgenehmigung in der Höhe von € 487.000,-- und auch die Budgetvorsorge in der Höhe von € 85.000,-- die Zustimmung erfährt.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. Februar 2023

Es ist noch zu sagen, dass die Bedeckung der Gesamtkosten in Höhe von € 487.000,-- mittels Sparbuchrücklagen-Reduktion erfolgen wird. Die bilanzielle Verbuchung erfolgt im Zuge des GRB zur Sparbuch-Entnahme voraussichtlich im Mai 2023.

Dieses Stück hat auch in den Ausschüssen Zustimmung erfahren und ich bitte Sie, auch dieser Zustimmung im Gemeinderat nachzukommen. Danke.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Dem Motivenbericht wird zugestimmt.
2. Der/die sachlich zuständige Stadtsenatsreferent/in wird ermächtigt, den Vertrag zwischen Stadt Graz, Land Steiermark und ÖBB Infra über die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen in Graz zu unterfertigen.
3. Der Projektgenehmigung in Höhe von € 487.000,-- für die Jahre 2023-2030 im LCF des Umweltamtes wird zugestimmt. Verteilung der Kosten wie folgt:

Jahre	Summe
2023	85.000,--
2024	330.000,--
2025	20.000,--
2026	19.000,--
2027	13.200,--
2028	6.600,--
2029	6.600,--
2030	6.600,--
Summe	487.000,--

4. Der Budgetvorsorge „Lärmschutzmaßnahmen ÖBB-Verschiebebahn“ in der Höhe von € 85.000,-- für 2023 im LCF wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wir folgt geändert:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. Februar 2023

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
330	523000	1.728000	23300005	Lärmschutzmaßnahmen ÖBB Verschiebebahnhof / Entgelte sonstige Leistungen	D.330001	+85.000	+85.000

Die entsprechenden Budgetmittel für 2024 – 2027 werden auf der Kombination Finanzstelle 330/ Fonds 52300 / Finanzposition 1.728000/Haushaltsprogramm 23300005 zur Verfügung gestellt.

Die Bedeckung der Gesamtkosten in Höhe von € 487.000,-- erfolgt mittels Sparbuchrücklagenreduktion. Die bilanzielle Verbuchung erfolgt im Zuge des GRB zur Sparbuch-Entnahme voraussichtlich im Mai 2023.

GR KO Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrter Gemeinderat, liebe Kollegin. Dieses Stück haben wir ja schon sehnsüchtig erwartet. Wir haben schon öfters darüber gesprochen. Man muss auch dazusagen, die 180.000 Euro pro m² hätten wir gerne genommen, dann hätte man sicherlich ordentlich lärmschutztechnisch etwas machen können. So ist es, wie Sie richtig gesagt haben, ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich nutze jetzt die Redezeit, um davor zu warnen. Da hat sich auch schon wieder ein wenig die Argumentation der ÖBB in dieses Stück eingeschlichen, dass dieser Lärm ja schon immer da war. Wenn man dann aber im Stück genau sieht, dass erst Bauten, die vor 1993 bewilligt wurden, diese Schallschutzfenster erhalten sollten, dann ist das etwas, womit wir überhaupt nicht mitgehen können, weswegen wir auch einen Zusatzantrag vorbereitet haben. Weil der Lärm hat sich geändert. Ich kann Ihnen das auch aus eigener Erfahrung sagen. Ich bin zwar mit 15 in die Josef-Pock-Straße gezogen, Anfang 2021 dort weggezogen und ich habe das genau miterlebt, dass dann plötzlich nicht mehr dieses Kleschen war, sondern ein Quietschen. Ein ohrenbetäubendes Quietschen, und dieses Quietschen gibt es erst seit Ende 2019. Warum auch immer,

das hat sich bis dato nicht aufklären lassen. Das ist auch die Aufgabe der ÖBB, das aufzuklären und deswegen muss im Endeffekt dieser Passus fallen, dass alle, die nach 1993 gebaut haben, hier eben nicht irgendwie zum Zug kommen. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch etwas ansprechen, was viele Menschen sehr verärgert hat. Bei der Bürgeranwaltssendung vor wenigen Wochen, wenn da die ÖBB davon redet, zuerst baut man daneben und dann regt man sich auf. Das ist ein Schlag ins Gesicht von vielen Anrainern, die da betroffen sind. Denn der Vershublärm, der normale Lärm, der Lärm, den man in einer Stadt einfach hat, den nimmt man in Kauf. Wenn man die Vögel zwitschern hören will und im Grünen leben will, dann muss man auf das Land ziehen. In der Stadt ist es eben für gewöhnlich laut, aber es ist ein Unterschied, ob man einen normalen Lärm hat oder ob man dieses Quietschen ständig hört, das einen ja wirklich fast in den Wahnsinn treibt. Ich weiß, wovon ich spreche, ich bin dann ein paar Straßen weitergezogen, in die Fischerauerstraße. Da ist es besser, ein paar Nachbarn würden sagen, nein, es ist genauso schlecht, weil sich der Lärm sehr ungleich verteilt. Man hat dann richtige Hotspots und auch diese beiliegende Karte muss ich ein wenig anzweifeln, es ist dann oft auch die subjektive Wahrnehmung, denn es gibt oft Orte in Gösting, die liegen sehr weit weg, da ist es katastrophal, da ist die Wahrnehmung der Leute wirklich besorgniserregend und dann gibt es wieder Orte, die liegen sehr nahe an diesen Geleisen und sind auch in diesen roten Bereichen, nur gibt es dort überhaupt keine Beschwerden. Das ist wirklich eine Thematik, die man groß sehen muss und ich warne davor, dass man hier der Argumentation der ÖBB auf den Leim geht, die sagt, es war immer gleich. Das ist der Vershubbahnhof, den gibt es seit 1950 und die Leute ziehen hin und regen sich dann auf. Das ist wirklich nicht so. Es gibt diesen Lärm erst seit 2019 und deswegen bringe ich auch namens des Korruptionsfreien Gemeinderatsklubs folgenden Zusatzantrag ein:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, gegenüber der ÖBB auf eine Vertragsänderung hinzuwirken, sodass die Beantragung von Lärmschutzfenstern auch bei Objekten, deren Baugenehmigung nach 1993 erteilt wurde, möglich sein wird. Ich bitte um Ihre Zustimmung und bedanke mich im Voraus.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der TO-Punkt 7 kann, wie auch im Stück beschrieben, nur als kleiner, erster Schritt von zukünftig noch umzusetzenden notwendigen Maßnahmen angesehen werden. Zudem geht das Umweltamt selbst davon aus, dass auf Grund der Erhöhung des Güterverkehrsaufkommens zukünftig noch erheblich größere Anstrengungen zum Schutz der Wohnbevölkerung notwendig sein werden.

Umso erstaunlicher ist es, dass im gegenständlichen Stück Gebäude mit Baugenehmigung ab 01.01.1993 als nicht schutzwürdig angesehen werden. Um alle betroffenen Anrainer gezielt zu unterstützen, wird es notwendig sein, den Objektschutz mit Einzelfallprüfungen auf jedes Baujahr auszuweiten.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Zusatzantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, gegenüber der ÖBB auf eine Vertragsänderung hinzuwirken, sodass die Beantragung von Lärmschutzfenstern auch bei Objekten, deren Baugenehmigung nach 1993 erteilt wurde, möglich sein wird.

GR Huber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher. Als Göttinger kann ich da meinem Vorredner nur zustimmen. Wir haben sehnsüchtig auf dieses Stück gewartet und wir

werden hier natürlich zustimmen. Jedoch möchte ich schon ermahnen, diesen Antrag nicht als Schlusspunkt zu sehen. Das kann lediglich der Startschuss sein für die Bemühungen, für weitere Bemühungen der Stadt Graz, diese Lärmthematik in den Griff zu bekommen. Weil ich möchte hier schon allein auf den Kindergarten in der Plabutscher Straße hinweisen, wo die Kinder diesem gesundheitsschädlichen Lärm schutzlos ausgeliefert sind und deswegen ist die Stadtregierung allein schon gefragt, weiter hier mit der ÖBB im Dialog zu bleiben. Ich möchte, dass hier Frau Bürgermeisterin und die Frau Verkehrsstadträtin auch den Stadtrat für Gesundheit, den Robert Krotzer, mit auf die Reise nehmen, weil bis jetzt habe ich da eigentlich wenig bis gar nichts von dir zu dieser Lärmproblematik gehört und ich würde mich sehr freuen und dich einladen, wenn du diese Chance nutzt und den Gemeinderat informierst, was du bzw. dein Referat tut, um die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere der Kinder, zu schützen. Danke.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Die Kollegin Herlicska hat das Stück ja so gut präsentiert, dass man da jetzt nichts mehr Inhaltliches sagen muss außer, dass diese Wanderrichtungen früher beginnen, nämlich bis spätestens 30. November 2024 und die anrainerseitigen Maßnahmen spätestens bis 2031 gemacht werden. Hoffentlich ist das von Seiten der ÖBB nur ein erster Schritt. Ich möchte nur betonen, und der Herr Werner Prutsch sitzt hier stellvertretend für alle, die seit Mitte 2020 intensiv mit dem Thema im Umweltamt beschäftigt sind von den Lärmschutzgutachten bis zu den ständigen Erhebungen der Möglichkeiten, was wir alles tun können. Wir haben uns mehrfach an das Ministerium gewendet, an die ÖBB. Ich bin jetzt auch wieder mit der Ministerin in Kontakt bzw. auch mit der Referentin im Kabinett, die zuständig ist dafür, weil ich dem ja nur, wir haben es eh schon öfters hier diskutiert, wir nehmen das sehr ernst die Situation für die Anrainer:innen vor Ort, ich möchte gar nicht aufzählen, was wir alles gemacht haben in diesen Jahren, in diesen zwei Jahren, seitdem wir mit diesem Thema konfrontiert sind. Wir haben immer wieder die Absagen bekommen in Bezug auf die letztlich relevanten Maßnahmen, wie

z.B. die Überlegungen einer Einhausung der Talbremse dort vor Ort, weil das die ÖBB einfach nicht machen will. Jetzt haben wir wenigstens diese eine Sache. Man muss auch immer wieder unterscheiden zwischen dem Verschublärm und dem Quietschen. Das sind ja zwei verschiedene Lärmquellen, die man unterschiedlich behandeln muss. Zum Zusatzantrag möchte ich nur sagen, da gibt es ein kleines Missverständnis, trotzdem werden wir dem Antrag und auch meine Fraktion dem zustimmen und ich werde Kontakt mit der ÖBB noch einmal aufnehmen. Nur es geht nicht, dass ich hinwirken kann auf eine Vertragsänderung, weil das Ganze basiert auf einem Gesetz. Das ist nämlich die Schienenverkehrslärm-Emissionsschutz-Verordnung und dieses Gesetz regelt sowohl die Emissionsgrenzwerte als auch die Lärmschutzmaßnahmen und dort drinnen steht, dass es eben nur um Gebäude geht, die vor 1993 errichtet wurden. Das heißt, letztlich muss man auf eine Gesetzesänderung hinwirken und nicht eine vertragliche Änderung. Ich kann es nur mitnehmen und noch einmal anregen. Wird sicher nicht einfach sein, weil das betrifft ja das gesamte Bundesgebiet, aber man kann noch einmal öfter darauf hinweisen, dass es eine verdammt ernste Situation in Graz ist, die viele Menschen betrifft. Insofern begrüße auch ich diesen ersten Schritt, den wir gemeinsam, sozusagen die finanziellen Mittel diese 25 % als Stadt Graz da zur Verfügung stellen und ja, wir hoffen, dass von Seiten der ÖBB noch mehr Maßnahmen gesetzt werden.

GR KO Ehmman:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Zuseher:innen im Livestream und auf der Galerie. Ich kann dem nur beipflichten, was meine Kollegen aus Gösting schon gesagt haben. Ich selbst bin auch Göstinger, wohne auch in der Nähe dieses Verschubbahnhofes und es ist wirklich so, dass seit 2019 das nichts mit einer Corona-Sensibilität im Innenohr zu tun hat, sondern tatsächlich extrem belastendes Geräusch ist und das Problem ist auch dabei, dass das tatsächlich zu den unterschiedlichsten Tag- und Nachtzeiten passiert. Das hat nämlich gar keine Frequenz, wo man sagen könnte, gut, dann bist jetzt eine Stunde nicht zu

Hause, weil man es sonst nicht aushält, sondern das ist wirklich zu unmöglichsten Zeiten und daher unterstütze ich das sehr, erstens was von dir hier vorgelegt wurde, und die Rechtslage hast du schon beurteilt und beschrieben, werden wir aber trotzdem auch, der Symbolik wegen, dem Zusatzantrag zustimmen, auch wenn es, wie schon ausgeführt von der Kollegin Schwentner, eigentlich auf anderer Ebene geändert werden muss. Aber wie gesagt, da gibt es Zustimmung und ich hoffe schon, wobei vor einem möchte ich schon warnen. Ich glaube, das wird jetzt sicher nicht aller Weisheit letzter Schluss sein, denn bei Lärmschutzwänden, das wissen wir auch, dass sich Schall oft dann anders verteilt. Das heißt nicht, dass es dann weg sein wird, sondern vielleicht betrifft es dann jemand anderen sogar. Das muss man einmal abwarten zum einen und bei den Lärmschutzfenstern, natürlich bringen sie etwas, gar keine Frage, aber im Sommer hat man halt auch gerne das Fenster offen, um die frische Luft hereinzulassen und da wird es auch nicht viel helfen. Ich denke, man muss hier vorsichtig sein mit der Erwartungshaltung, die wir vielleicht da oder dort in Aussicht stellen. Dass man seriöser Weise dazusagt, dass das jetzt nicht alles helfen wird, sondern unterstützen wird, aber es wird noch mehr brauchen, da bin ich mir sicher. Aber selbstverständlich unterstützen wir das auch als SPÖ, danke.

GR DI HR Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich darf vielleicht als Techniker noch einmal kurz die Problematik schildern. Es ist deshalb 2019 sozusagen so massiv aufgetreten, weil einfach das Abbremsen des rollenden Materials, das ist abhängig von Geschwindigkeit und Belastung, einfach umgestellt wurde. Es ist früher manuell mit einem sogenannten Gleitschuh der Wagon gebremst worden und jetzt geht es um eine gewichts- und geschwindigkeitsabhängige Backenbremse, die offensichtlich dieses Geräusch erzeugt. Deshalb werden wir vielleicht darüber nachdenken müssen oder auch wieder vorstellig werden müssen, dass das System an der Wurzel sozusagen geändert werden muss, weil möglicherweise die Lärmschutzwände, und das sind

Experten sowohl im Umweltamt, der Kollege Ruthofer ist ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet und auch das Büro, das beauftragt wurde, ist ein ausgewiesenes fachkundiges Büro, ich befürchte nur, dass wir den ersten Schritt erst machen können, und wie du, lieber Klubobmann, richtig gesagt hast, dass man weitere Schritte setzen muss. Wir werden auch dem Zusatzantrag von dir selbstverständlich zustimmen. Wie wohl die Frau Bürgermeisterstellvertreterin richtig gesagt hat, dass es eben einer Gesetzesänderung wahrscheinlich bedarf, oder wir müssen mehr Geld in die Hand nehmen, um die zusätzlichen Lärmschutzfenster, die vielleicht jetzt nicht über eine Förderung insgesamt durch ÖBB, Land und Stadt zu bewerkstelligen ist, sondern möglicherweise müssen wir als Stadt Graz noch den einen oder anderen Lärmschutz in Form von Fenstern, das ist halt der passive Lärmschutz, der, wie du richtig sagst, tatsächlich im Sommer ein Problem darstellt, noch in die Hand nehmen. Wir müssen gewärtig sein, dass wir möglicherweise als Stadt Graz allein, das sage ich jetzt bewusst, den einen oder anderen Lärmschutz in Form eines Lärmschutzfensters dazu beitragen müssen. Wir werden jetzt sehen, wie diese Lärmschutzmaßnahmen wirken. Ich befürchte nur, dass es möglicherweise notwendig sein muss, tatsächlich an der Wurzel, das sind die drei Stellen, die hier genannt wurden in diesem Gutachten, die eben diese quietschenden Geräusche erzeugen, dass wir möglicherweise noch einmal intensiv mit der ÖBB darüber reden müssen, dass sozusagen das System geändert werden muss. Aber die Zustimmung natürlich zu diesem Projekt. Danke noch einmal für die Ausarbeitung an das Umweltamt, das ist hervorragend gemacht worden und wir werden auch dem Zusatzantrag vom Kollegen Pascuttini zustimmen, wie wohl richtigerweise gesagt wurde, dass es möglicherweise eine Gesetzesänderung oder ein zusätzlicher Beitrag der Stadt Graz in weiterer Folge notwendig wird sein müssen.

StR Mag. Krotzer:

Weil ich direkt angesprochen wurde. Es ist keineswegs so, dass ich mich in der Frage wegducken würde, aber wir haben ja sozusagen auch in der Stadt Graz die gute Zuordnung der Ressorts und ich bin auch der Meinung, dass Politiker dann etwas sagen

sollen, wenn sie etwas Substanzielles, Gehaltvolles und im besten Fall auch Nützliches für die Bevölkerung beitragen können und insofern ist es ja so, dass die Experten ganz einfach im Umweltamt sitzen. Dr. Werner Prutsch, der auch hier ist mit dem DI. Ruthofer, die ja in einer Art und Weise, wie das vom Gesundheitsamt auch gar nicht bewerkstelligbar ist, das Thema behandeln und gleichzeitig ein großes Dankeschön letztendlich allen Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, die seit vielen Jahren auch auf dieses Thema aufmerksam machen, in unterschiedlichster Art und Weise hier auch Initiativen setzen. Es ist ein großes Thema für die Bevölkerung umliegend und das Umliegend ist hier ein breiterer Bereich und insofern bin ich sehr froh und dankbar allen, die jetzt zu diesem Schritt beigetragen haben. Einen ersten Schritt und ich hoffe, dass wir dann mit weiteren Schritten einfach dorthin kommen, dass diese Lärmbelästigung für die Bevölkerung abgestellt oder jedenfalls auf ein erträgliches Maß minimiert werden kann (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Werte Kollegen, jetzt bin ich von einigen Wortmeldungen doch noch inspiriert worden, noch etwas zu sagen. Man muss immer auch die Geschichte etwas betrachten und eine Stadt ist immer etwas Dynamisches, die sich in die eine oder andere Richtung verändert. Und wenn man in die Geschichte von Gösting zurückblickt, da habe ich vor kurzem etwas sehr Interessantes gelesen, dann war sogar einmal die Überlegung, den Flughafen Thalerhof nach Gösting zu verlegen. Auf das Gebiet der Göstinger Auen, in der Zwischenkriegszeit; also man sieht, in einer Stadt werden oft Entscheidungen getroffen, die vielleicht 100 Jahre später oder 80 Jahre später nicht mehr so schlau sind. Ähnlich ist es ja auch mit diesem Vershubbahnhof, und der Bahnhof ist halt dort, wo er ist, hat sich dort auch gebildet, nur es ist auch der Bezirk Gösting gewachsen und Graz gewachsen. Denn wenn man sich Luftbilder ansieht, wie hat dieses Areal in den 50iger Jahren ausgesehen, in den 70igern oder 90igern, dann sieht man eben die zunehmende Verbauung. Graz mit seiner Tallage, da ist natürlich auch auf die Seitenränder beschränkt, man muss dieses Gebiet, das es nun einmal gibt, auch

ausfüllen und so wird man sich früher oder später die Frage stellen müssen, vielleicht in 10, 20 oder 30 Jahren, ob das noch so Sinn macht, den Verschub, den Güterverschub in einer Stadt wie Graz abzuwickeln. Das muss man sich fragen, ob das nicht besser im Umland zu handhaben wäre, weil einfach natürlich die betroffenen Menschen in dieser Tallage davon sehr profitieren würden, würde man das rausbekommen. Man muss jetzt wirklich abwägen, ob man da jetzt viel Geld in immer wieder kleine Maßnahmen steckt, oder ob man sagt, gut, ok, man wagt den großen Wurf und versucht, diese Lärmquelle, diese Großindustrie in den Süden von Graz z.B. zu verlagern. Das muss man sich überlegen, was den Güterverkehr betrifft, ob das realistisch ist, ob das finanziell machbar ist, das ist die Frage. Man darf aber nicht vergessen, bei der ÖBB handelt es sich doch um einen Betrieb in Staatsbesitz. Da hat man jetzt nicht mit irgendwelchen Investoren in Hong Kong oder sonstwo zu kämpfen, sondern mit einem österreichischen Betrieb. Diesem österreichischen Betrieb sollten doch auch die Österreicher, und das sind die Grazer unbestritten, am Herzen liegen und vielleicht sollte man da wirklich einmal größer denken und Entscheidungen der Vergangenheit revidieren und dann wirklich Graz, und da geht es nicht nur um Gösting, da geht es um Andritz, da geht es um Eggenberg, da geht es auch um Geidorf, auch dort gibt es Beschwerden, auch dort gibt es Betroffene, um wirklich in einem großen Areal für eine wesentliche Verbesserung zu sorgen. Weil abschließend einschätzen kann niemand, wie sich das in 10 Jahren dann ausgestalten wird, wenn dieser Güterverkehrskorridor dann noch intensiver genutzt wird. Wir haben da eine Anfrage an die Frau Ministerin Gewessler vor rund einem Jahr gestellt, damals hieß es, es ist überhaupt nicht einzuschätzen, aber der Güterverkehr wird sich veracht- bis verzweifelfachen. Jetzt kann man natürlich nicht sagen, achtmal so viel Verkehr, ist dann achtmal so viel Lärm, aber ich wage zu behaupten, Prognosen sind immer schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen, es wird nicht weniger werden und es wird sich wahrscheinlich dieses Problem vergrößern. Man muss im Endeffekt dann doch die Frage stellen, ob man nicht mit Denkverboten aufräumt und das Ganze irgendwann aus Graz auch wegbringt (*Appl.*).

Herlicska:

Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren. Ganz im Sinne vom Kollegen Krotzer möchte ich mich jetzt kurz halten und nur mehr etwas Nützliches sagen. Danke für diese angeregte Diskussion und die vielen Vorschläge, die auch gekommen sind. Ich denke, es zeichnet sich da wirklich eine Zustimmung ab, auch die technischen Ausführungen und die rechtlichen muss ich nicht mehr wiederholen und die geschichtlichen auch nicht. Daher danke für die sich abzeichnende Zustimmung und auch wir werden dem Zusatzantrag zustimmen, weil etwas mehr Druck zu machen, schadet in diesem Fall sicher nicht. Dankeschön.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag (KFG) wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.45 Uhr).

Berichterstatterin: Bgm.ⁱⁿ Kahr

9.10 Stk. 8) KOM-010925/2019-002 Günter Brus, Maler, Zeichner, Aktionskünstler, Bild-Dichter und Literat, Verleihung des Ehrenringes der Landeshauptstadt Graz

9.11 Stk. 9) KOM-054391/2023-001 Olga Neuwirth, Komponistin, Visual Artist und Autorin, Verleihung des Ehrenringes der Stadt Graz

Kahr:

Hier geht es um den Tagesordnungspunkt 8 und im Anschluss danach auch den Tagesordnungspunkt 9. Nachdem es hier in beiden Fällen um eine der höchsten Auszeichnungen, die die Stadt Graz zu vergeben hat, nämlich die Verleihung des Ehrenringes, geht, einerseits an den Herrn Günter Brus, Maler, Zeichner, Aktionskünstler, Bild-Dichter und Literat und bei der zweiten Würdigung und Auszeichnung geht es um die großartige Künstlerin Olga Neuwirth, Komponistin und Autorin, möchte ich gar nicht vorweggreifen den eigentlichen Akt, der ja in einer eigenen Sondersitzung stattfinden wird und die lange künstlerische Geschichte und Biografie beider Persönlichkeiten dann zum Zentrum hat, unter Beisein vieler Weggefährten, Freunden und natürlich auch Angehöriger und auch der Koalition und der Stadtregierung ein großes Anliegen, diese beiden Persönlichkeiten, diese Würdigung zukommen zu lassen. Und ich möchte anmerken, dass bei Herrn Günter Brus es uns wichtig ist, das nach Rücksprache mit ihm, so bald wie möglich zu machen und ich sage Ihnen jetzt schon, dass dies am 25. Mai sein wird in einer Sondersitzung um 10.30 Uhr. Ob das bei Frau Olga Neuwirth auch möglich ist, das wäre der Wunsch und das Ziel, wir haben da noch keine Rückmeldung, aber es wäre der Wunsch, dass wir das gemeinsam machen. Auf jeden Fall werden wir diese Sondersitzung mit Günter Brus für die Verleihung dieser hohen Würdigung, eigentlich die höchste, die die Stadt Graz zu vergeben hat, durchführen. Ich bitte Sie von Herzen diese beiden renommierten Künstler:innen die Zustimmung zu geben. Es wäre ein schönes und gutes Zeichen. Das sind Persönlichkeiten, die eine Strahlkraft weit über Österreichs Grenzen hinaus haben und wir können stolz darauf sein, dass wir diesen Akt setzen können und ich bitte um Zustimmung für beide Stücke.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stk. 8)

Herrn Günter Brus den Ehrenring der Landeshauptstadt Graz zu verleihen.

Stk. 9)

Frau Olga Neuwirth den Ehrenring der Landeshauptstadt Graz zu verleihen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (15.48 Uhr).

StRⁱⁿ Schönbacher:

Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, und zwar dem Stück 9 werden ich und der Korruptionsfreie Gemeinderatsklub zustimmen, beim Stück 8 nicht. Warum tun wir das nicht? Weil natürlich auch wir uns die Biografie und das Lebenswerk der Personen anschauen, die wir da mit dieser hohen Auszeichnung würdigen wollen und natürlich hinterfragen wir auch, was wir da tun. Ich sage einmal, eine Stadtregierung muss sich hinterfragen, hinterfragen, wem gebe ich diese Auszeichnung und ich denke mir auch, die Ehrenringträger werden sich das überlegen, denn es ist ja schon einmal vorgekommen, dass ein Ehrenringträger uns den Ring zurückgeschickt hat, weil die Stadtregierung eine Entscheidung getroffen hat, die nicht gefallen hat. In diesem Fall gefällt uns diese Entscheidung auch nicht. Warum? Weil Sie, Frau Bürgermeisterin, gesagt haben, z.B. Weggefährten werden auch zur Ehrung kommen. Ein Weggefährte von Herrn Günter Brus wird nicht kommen, weil er ja nicht mehr lebt, aber leider hat er sich von Otto Muehl nicht distanziert, soweit ich weiß, das stößt uns schon sauer auf, muss ich sagen und jemand, der offen zeigt, was er von der Demokratie hält, jemand, der uriniert bei seinen Aktionen, jemand, der seine Notdurft verrichtet in Form von Entleerung seiner Blase und seines Darms, jemand, der sich mit Rasierklingen seine Haut ritzt und jemand der masturbiert, ist für mich kein Vorbild, vor allem wenn ich mir anschau, wie viele Jugendliche psychisch erkrankt sind und ihren Körper ritzen, weil sie sich selbst nicht spüren oder andere Gründe dafür haben, dann muss ich ehrlich sagen, da fallen mir andere Menschen ein, die diese Würdigung sehr wohl bekommen sollten und ich bin mir sicher, dass wir hier herinnen zwar die

Einzigem sein werden, die hier dagegen sind, aber dass sich bestimmt der eine oder andere Ehrenringträger und auch die eine oder andere Bürgerin und Bürger hier schon überlegen werden und unserer Meinung sein werden, wer hier diesen Ehrenring bekommen soll. Deswegen frage ich mich abschließend noch, womit kann man eigentlich in unserer Gesellschaft berühmt werden? Wir stimmen da auf jeden Fall dagegen.

StR Dr. Riegler:

Gestatten Sie, dass ich mich hierzu kurz als Kulturreferent schon zu Wort melde. Es ist natürlich vollständig zu respektieren, wenn einzelne Fraktionen in diesem Haus oder in der Demokratie im Allgemeinen zu einem Punkt nicht zustimmen wollen. Ob die Motive, die sie jetzt angeführt haben, nämlich eine künstlerische Position mit irgendwelchen Erkrankungen sozusagen zu erklären, ob das jetzt ein besonders passendes Motiv, ist möchte ich bezweifeln, aber muss man respektieren. Ich möchte eigentlich nur anmerken, dass es erstens im Moment gerade eine gesamthafte Werkschau von Günter Brus im Museum, in der neuen Galerie in der Neutorgasse, gibt, dass in dieser Gesamtwerekschau sehr gut gezeigt wird die Entwicklung, die künstlerische, die eben über den Expressionismus und informell hin zum Aktionismus geführt hat, eine Kunstform, nämlich der Wiener Aktionismus, der weltweite Berühmtheit erlangt hat. Mit Nitsch, Muehl, Brus und wenn wir uns als Österreich auf kulturelle, künstlerische Leistungen etwas einbilden wollen, dann ist es neben den Wiener Philharmonikern und vielen anderen ganz sicher auch der Wiener Aktionismus. Deswegen würde ich einfach noch einmal appellieren, das noch einmal zu überdenken, wohl ich weiß, dass ihr vermutlich bei diesem Abstimmungsverhalten bleiben werdet. Aber ich möchte zumindest zur Ehrenrettung sagen, dass Günter Brus, so glaube ich, zu Recht ein würdiger Träger des Ehrenzeichens des Landes Steiermark ist. Im Jahr 2008 hat das Land Steiermark einen erheblichen Teil an Arbeiten von Günter Brus auch angekauft und das Museum eingerichtet. Der Künstler ist mit den höchsten

Auszeichnungen versehen. Staatspreisträger dieser Kunst ist er auch und ich glaube, es tut uns gut. Unter den lebenden Künstlern ist Günter Brus seit mindestens 20 Jahren unter den Top 5 gereiht. Mit Arnulf Rainer, Hermann Nitsch, der jetzt nicht mehr lebt, und vielen anderen und insofern bin ich sehr stolz darauf, wenn es gelingt und auf meinen Vorschlag hin, ich habe den Vorschlag vor drei Jahren eingebracht, als Günter Brus 80 wurde, dass man ihn auch in der Stadt Graz ehrt und bin sehr dankbar dafür, dass diese Ehrung jetzt nach der Corona-Pandemie umgesetzt werden konnte.

Dankeschön.

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich möchte mich dem nahtlos anschließen, und vielleicht gleich zuerst, weil wir das inzwischen herausgesucht haben, es ist Mitnichten so, dass sich Brus nicht von Muehl nicht distanziert hätte, Brus hat Muehl als Kunst- Ceaușescu mit seiner Kinderschänderei, der völlig rechtskonform verurteilt worden sei, bezeichnet. Muehls Malerei heute ist pure s..., ich sage das jetzt nicht kindergerecht, sagt Brus, es sei keine Entwicklung sichtbar. Ich möchte gleich da anschließen dem Zitat von Günter Brus selbst, weil genau das ist bei ihm sichtbar geworden, dass er sich entwickelt hat. Von einem, der sich radikal bis an die Grenzen gehend mit seinem Körper beschäftigt hat, mit dem Körper aus dem Bild herausgegangen ist, wenn man sich mit der Kunstgeschichte beschäftigt, aber das können andere besser, der oft Provokation, auch sozusagen sich nicht geschont hat, seine Familie nicht geschont hat. Sein Kind nicht und auch uns als Gesellschaft, als autoritäre Gesellschaft, die wir in Österreich noch sehr lange waren und vielleicht noch sind nach dem Zweiten Weltkrieg und nach den Nationalsozialisten. Mit all dem hat er sich beschäftigt und hat aber sich weiterentwickelt und hat sich auch im Zuge seiner Selbstreflexionen sich in ganz andere künstlerische Dimensionen begeben und deswegen bin ich auch stolz darauf, dass wir das Bruseum, wie schon erwähnt, in Graz haben. Liebe Frau Schönbacher, gehen Sie hin und schauen Sie sich an, was für ein großer Künstler ein Sohn dieser

Stadt ist, der sehr wohl diese Ehrung verdient hat. Was mich wirklich persönlich darüber hinaus besonders beeindruckt, ist, dass es ein Mensch ist, der zu einer Selbstreflektion fähig ist und ich finde, das ist das, wo ich zumindest Menschen am meisten messe, dass sie sich nicht überhöhen, sondern auch immer wieder in Relation zu anderen setzen. Danke.

TO 8)

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

TO 9)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.57 Uhr).

Berichterstatter: GR Ulrich

- 9.12 Stk. 10) Präs. 10877/2003-0057**
- I a) Entlohnung der Kindergartenpädagog:innen und Erzieher:innen an Horten des Magistrates Graz – Anpassung Schema k,**
 - b) zusätzlicher Urlaub für Kindergartenpädagog:innen und Erzieher:innen an Horten ab dem 57. Geburtstag;**
 - II. a) Freiwillige soziale Zuwendungen,**
 - b) Verlängerung des Probemonats,**
 - c) Zeitguthaben – Abgeltung bei Beendigung des Dienstverhältnisses;**
- Antrag auf Novellierung des Grazer Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes und der Do Graz**

Ulrich:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, liebe Zuseherinnen und Zuseher am Livestream. Stellvertretend für meine Kollegin Mina Naghibi darf ich heute im Gemeinderat das Stück Novellierung nach dem Schema K berichten. Ich möchte ganz kurz die Gelegenheit nutzen um die Mina und den Jonatan zu grüßen und eine gute Besserung zu wünschen und möchte ganz kurz erklären, worum geht es bei dieser Novellierung. Bei der Novellierung des sogenannten K-Schemas geht es um eine Entlohnung der Kindergartenpädagog:innen und Erzieher:innen an Horten des Magistrats Graz nach dem sogenannten K-Schema.

Aufgrund der angespannten Situation am Arbeitsmarkt im Elementarpädagogikbereich wurde nach einer Analyse beschlossen, eine Maßnahme zu ergreifen und zwar, dass die Einstiegsgehälter, nach dem sogenannten K-Schema, das heißt 250 € mehr für unsere Pädagogen und Pädagoginnen, die Entlohnung um 250 € erhöht wird und zwar das Anfangsgehalt. Höheres Einstiegsgehalt und Abflachung in der beruflichen Laufbahn nach hinten. Es wurde viel diskutiert, auch sehr kontroversiell diskutiert und nun haben wir einen Kompromiss am Tisch, einen ersten wichtigen Schritt und liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- Der in der Beilage beschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Entwurf des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes wird genehmigt.
- Der Gesetzesentwurf ist dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung zur Beschlussfassung im Landtag Steiermark vorzulegen.

StRⁱⁿ Schönbacher:

Wir werden diesem Stück zustimmen, weil es ein guter Anfang ist. Wir sollen nicht nur reden, es sollen auch Taten folgen, aber uns ist versichert worden, dass das nur ein

Anfang ist, dass da weiterdiskutiert wird. Darauf verlassen wir uns, weil es ist schon wichtig, dass wir einen Anreiz setzen, damit es mehr Berufseinsteiger:innen in der Kinderbetreuung gibt, weil einfach sehr viele Jobs hier nicht mehr wirklich besetzt werden können. Aber gerade deshalb darf man auf die, die das System erhalten, nicht vergessen, auf die langjährigen Mitarbeiter:innen, die die Überstunden leisten, die spontan einspringen und die dann auch einmal überlastet sind und sich dann fragen, warum bekomme ich keine Gehaltserhöhung und da muss man auf jeden Fall weiter wachsam bleiben, hinschauen und auch Aktionen setzen. Das ist uns sehr wichtig, weil jeder von uns möchte sein Kind gut betreut wissen. Es soll dort einfach auch mehr Flexibilität stattfinden, weil wir haben sehr viele Berufe, wo die Eltern erst später zu arbeiten beginnen können und dafür länger arbeiten. Also all diese Flexibilität, dass wir die Kinderbetreuung ausbauen, da sind wir leider noch lange nicht, können wir aber momentan nicht darüber sprechen, weil wir einfach schauen müssen, dass wir den Grundbedarf decken können, deswegen ist es ein guter erster Schritt. Aber bitte daran weiterarbeiten und wir sind gerne dabei.

GRⁱⁿ Kreiner:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher. Ich würde zu diesem Thema Novellierung Schema K gerne einen Abänderungsantrag einbringen. Die Entlohnung der Kindergartenpädagog:innen und Erzieher:innen ist ein sehr wichtiges Thema. Wir haben bereits im Dezember 2021 einen dringlichen Antrag gestellt, alle Personen, egal ob sie im städtischen Bereich oder bei privaten Trägern oder im Bereich der schulischen Tagesbetreuung beschäftigt sind, eine Lohnerhöhung bekommen sollen. Dies spiegelt sich in diesem Stück leider nicht wider. Eine Anhebung der Anfangsgehälter erfolgt hier nur für neu einzustellende Pädagog:innen im städtischen Schema und jene, die eine Optionsmöglichkeit wählen. Wobei hier zu sagen ist, dass sich die Lebensverdienstsumme nicht ändert. Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat stimmt den Punkten I b, II a, b und c zu.
2. Der zuständige Personal- und Finanzstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, bis zum kommenden Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, wie eine Gehaltserhöhung für alle Bediensteten (Pädagogin und Betreuerin, städtisch und privat) sowie den Angestellten der städtischen Betreuungseinrichtungen in der Höhe von € 200,00 brutto pro Monat mit Beginn September 2023 umzusetzen ist.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Der Gemeinderat stimmt den Punkten I b, II a, b und c zu.*
2. *Der zuständige Personal- und Finanzstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, bis zum kommenden Gemeinderat einem Bericht vorzulegen, wie eine Gehaltserhöhung für alle Bediensteten (Pädagogin und Betreuerin, städtisch und privat) sowie den Angestellten der städtischen Betreuungseinrichtungen in der Höhe von € 200,00 brutto pro Monat mit Beginn September 2023 umzusetzen ist.*

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat. Der Antrag bzw. das Stück hat viele wichtige Punkte, aber leider greifen die Punkte nicht weit genug, und wenn wir dieses kleine Paket beschließen, laufen wir Gefahr, dass weitere Pädagog:innen und vor allem Betreuer:innen nach GU abwandern und dort einer Beschäftigung nachgehen werden. Warum? Weil das K-Schema einerseits nur die Pädagog:innen betrifft und andererseits eigentlich nur eine Umverteilung der Lebensverdienstkurve darstellt. Das heißt, grundsätzlich gut, dass die Einsteiger mehr verdienen, aber wir haben so oft diskutiert, dass gerade in dem Bereich die Betreuer:innen und Pädagog:innen mehr verdienen sollen. Seit 1 ½ Jahren sage ich euch, dass wir hier jetzt wirklich einen großen Schritt machen müssen, um die Problematik aufzulösen und in eine gute Richtung zu gehen und ihr habt auf die Betreuer:innen zur Gänze vergessen. Gerade die Betreuer:innen, ich habe selbst noch eine Tochter im Kindergarten, gerade die Betreuer:innen leisten natürlich auch eine ganz großartige Arbeit und da verstehe ich das einfach nicht. Ihr hab mich in die Koalition eingeladen und habt mich und meine Abteilung gefragt, welche Schritte müssen wir setzen, damit wir hier in eine gute Richtung kommen? Wir haben uns den Mund fusselig geredet, ich habe der Frau Bürgermeisterin angeboten, dass man hier jetzt mit dem politischen Hick-Hack aufhört, dass man gerade bei diesem wichtigen Thema gemeinsam die Punkte ausarbeiten und dann auch gegenüber der Öffentlichkeit präsentieren. Ich habe dann noch so eine Antwort bekommen, ja, setzen wir uns in einer Woche wieder zusammen und just nach drei Tagen habt ihr eine Aussendung gemacht an die Medien und an alle Kindergartenpädagog:innen und Betreuer:innen, dass ihr nicht die Gehälter jetzt anhebt, sondern dass ihr einmalig eine Covid-Prämie ausschüttet. Da sage ich euch, das ist gut, dass ihr jetzt 1.000,-- Euro ausschüttet. Bei einer Stadtsenatssitzung vergangenen Freitag habe ich nachgefragt, ja, wie ist denn das jetzt mit diesen 1.000 Euro? Sind die 1.000 Euro brutto, netto, sind sie aliquot. Und ich habe keine eindeutige Antwort bekommen von dir, lieber Manfred Eber, du hast gesagt, wir hoffen, dass es netto ist und es ist für 100 %ig Beschäftigte. Aber so ganz eindeutig hast du mir keine Antwort gegeben und ich finde das

unverantwortlich, dass ihr alle Pädagog:innen und Betreuer:innen anschreibt und noch nicht einmal wisst, was dann wirklich ausbezahlt wird. Ich bin grundsätzlich dafür, jedes Geld, das Pädagog:innen und Betreuer:innen bekommen, ist gut, sie haben sich das verdient, aber wir brauchen eine generelle Gehaltserhöhung und dass ihr auf die Betreuer:innen vergessen habt, sicher man kann immer sagen, das ist der erste Schritt und man kommt dann zu einem nächsten Schritt, aber warum nicht gleich? Ihr habt auch auf die ganz wertvollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der schulischen Nachmittagsbetreuung vergessen, und genau diese Punkte habe ich euch jetzt seit 1 ½ Jahren gesagt und ich verstehe es nicht, warum wir nicht den großen Wurf jetzt starten. Ich habe auch euch einen Weg aufgezeigt, damit wir kein neues Geld brauchen. Wir werden uns nämlich 5 bis 6 Millionen Euro ersparen, weil der Werner Amon die Sozialstaffel im Kinderkrippenbereich umsetzen wird. Ab September, da werden wir 5 bis 6 Millionen Euro haben und wir haben hier sogar einen Grundsatzbeschluss gefällt, dass, sollte dieses Geld wirklich frei werden, dass dieses Geld an die Betreuer:innen und Pädagog:innen weitergegeben wird. Euer Paket ist jetzt, wenn es wirklich sehr viel ausfällt, 1.079.000 Euro. Bitte, ich will ein Bekenntnis von euch, dass dieses freiwerdende Geld im Elementarpädagogikbereich bleibt. Es hilft nichts, wenn ihr auf die Straßen geht, immer ein höheres Gehalt für diese wertvollen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einfordert und wenn es dann darum geht ein umfassendes Paket zu beschließen, dann macht ihr den kleinen Schritt. Wir brauchen endlich für diesen Bereich einen großen Schritt (*Appl.*).

GR KO Ehmann:

Frau Vorsitzende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, meine Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, Zuseherinnen und Zuseher im Livestream und auf der Galerie. Ja, das heute vorliegende K-Schema ist vor allem deshalb dringend von Bedeutung, weil wir mit der gegenwärtigen Problematik konfrontiert sind, dass in privaten Bereichen oft hier mehr bezahlt wird. Das heißt, dass vor allem

Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger vor allem genau in unserem Bereich hier benachteiligt sind, was den Beginn ihres beruflichen Einstiegs betrifft. Mit dem K-Schema werden wir auch hier in diesem Bereich auf jeden Fall konkurrenzfähiger und ich kann es nicht ganz nachvollziehen, warum hier von der ÖVP gerade hier keine Zustimmung offensichtlich kommt für dieses K-Schema, weil der Punkt 1 a, der ja im vorliegenden Entwurf hier heute zur Abstimmung liegt, ist im Abänderungsantrag nicht enthalten. Das heißt, ihr stimmt offensichtlich dem K-Schema nicht zu, was mich insbesondere wundert, weil im Zentralausschuss, wo auch die FCG vertreten ist, also eure Fraktion im Sinne der Personalvertretung, die haben sehr wohl diesem Vorschlag zugestimmt, wie wohl ich auch darauf hinweisen möchte, dass das so und so eine Sozialpartnereinigung ist und nicht eine reine Vorgabe der Politik. Das heißt, Sozialpartner waren hier am Werk und haben sich hier auf einen Kompromiss geeinigt und diesem Kompromiss folgen wir jetzt. Jetzt kommt noch etwas, auf Landesebene hat unter anderem der Werner Amon, zuständiger Landesrat für Kinderbildung, das auch begrüßt und auch gesagt, dass er das nachvollziehen kann dieses Modell, dass das Modell durchaus hier ...

Zwischenruf unverständlich!

Ehmann: Nein, nicht nur angehört, denn das Spannende ist nämlich, es wird ja jetzt eine Verhandlung genau zum gleichen Thema auf Landesebene geben, die findet gerade statt mit den Sozialpartnern und hier höre ich, dass es ebenfalls eine Anlehnung an das K-Schema, sehr ähnlich wie das K-Schema bei uns, hier als sozialpartnerschaftlicher Kompromiss gemacht wurde, auch auf Landesebene auch in diese Richtung kommen soll. Offensichtlich dürften wir mit dem Modell nicht so falsch liegen, wenn das auf Landesebene auch ein Thema ist in diese Richtung in die Verhandlung geht. Das heißt, mit höheren Einstiegsgehältern, um den Anreiz höher zu machen und dann mit natürlich flacheren Kurven auf den Lebensverdienst dann

insgesamt. Dass das Landesschema dann natürlich für die Beschäftigten auf Gemeindeebene dann verpflichtend ist, das ist auch ein Punkt, wo ich höre, dass auch private Träger unter anderem durchaus Interesse haben, ein ähnliches Schema anzudenken. Das habe ich auch aus der Sozialpartnerebene so vernommen, dass es hier auch durchaus Träger gibt, die Interesse haben, sich einem Modell, das jetzt auf Landesebene ausgearbeitet wird und verhandelt wird, auch anzuschließen. Aber ich glaube, dass das auf jeden Fall, so wie du es schon selbst angesprochen hast, jetzt ein Schritt ist in die richtige Richtung und dass es hier immer Nachbesserung und größere Unterstützungsleistungen geben kann oder geben soll. Das ist absolut richtig, und was Betreuer:innen betrifft, auch dort muss man auf jeden Fall hinschauen, da bin ich ganz bei dir. Ich sage ja nicht, sie sollen nichts bekommen. Aber jetzt in diesem Fall ist es hier um diesen Bereich gegangen und daher glaube ich, dass das ein guter Kompromiss ist, der, wie gesagt, von Gewerkschaften und Sozialpartnern hier ausgearbeitet wurde, dem wir hier durchaus folgen können und sollten als ersten Schritt und dann schauen wir weiter, was dann alles doch möglich sein wird. In diesem Sinne würde es mich freuen, wenn auch die ÖVP diesen Schritt so anerkennt als ersten Schritt und hier auch mitgehen könnte und auch das K-Schema mitbeschließen könnte, wie es die eigene Fraktion im gewerkschaftlichen Bereich gemacht hat, danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt. Der Michi Ehmann hat ja jetzt einiges vorweggenommen, was ich auch sagen wollte, dass es ja ein langer Verhandlungsprozess war, wie wir alle wissen, mit der Personalvertretung und in der Personalvertretung der vorliegende Entwurf sehr fraktionsübergreifend dann positiv gesehen wurde, auch von deiner Fraktion. Und mir ist auch zu Ohren gekommen, wie der Michi jetzt gerade gesagt hat, auf Landesebene die Verhandlungen laufen und dort auch von der Gewerkschaftsseite, von der GPA, der Abschluss, der jetzt in der Stadt erzielt wurde, eigentlich sozusagen als

Verhandlungsgrundlage genommen wird, weil er einfach von der Personalvertretung wirklich einfach als sehr positiv angesehen wird als doch deutliche Verbesserung. Mit dem im Zusammenhang muss man auch sehen, es betrifft auch andere Berufsgruppen in der Stadt Graz, dass wir einfach etwas richtigstellen, was traditionell ein Problem ist bei Bediensteten in der Stadt Graz, dass die Einstiegsgehälter sehr niedrig sind und dann später das Einkommen sehr hoch und dass das gerade in dem Bereich, wo wir dringend angewiesen sind auf Neueinsteiger:innen, nicht mehr zeitgemäß ist. Uns war es aber sehr wichtig, das auch die Leute, die schon lange in dem Bereich arbeiten und sehr verdienstvoll arbeiten, auch Anerkennung bekommen, eben durch diese € 1000,-- Prämie, die schon angekündigt wurde, für Betreuer:innen und Pädagog:innen. Das unterscheidet sich jetzt auch von der Ankündigung vom Land, die damals für sehr viel Aufregung gesorgt hat, wo eben nur eine Prämie für Neueinsteiger:innen angedacht war, und das ist genau nicht unser Zugang. Ich denke, klar, da sind wir uns alle einig, es braucht noch viel mehr in der Elementarpädagogik, z.B. die Senkung der Gruppengrößen, die ja jetzt auch kommen soll, die vom Land angekündigt wurde. Das allein wird die Stadt, wie wir schon diskutiert haben im Koalitionsausschuss, vor riesige Herausforderungen stellen, weil wenn die Senkung der Gruppengröße kommt und wir das Angebot an Plätzen aufrechterhalten wollen, müssen wir einfach viele neue Gruppen schaffen. Das müssen wir auch noch mitdenken und ich kann jetzt nicht für den Finanzstadtrat sprechen, aber ich glaube schon, dass es grundsätzlich das Bekenntnis dafür gibt, diese frei werdenden Mittel, die durch die Sozialstaffelung des Landes ja auch erst frei werden, man tut so, als ob die schon vorhanden wären, aber sie sind es ja noch nicht und wir wissen auch nicht genau, in welcher Höhe sie dann vorhanden sein werden, aber wenn wir sie haben, denke ich, werden sie auch in diesem Bereich bleiben. Wir nehmen jetzt aber wirklich nicht wenig Geld in die Hand, nämlich 1 Mio. Euro, wird ca. angenommen, dass es an Mehrkosten bedeuten wird, was jetzt eben an finanzieller Verbesserung für die Bediensteten da ist, um einen ersten Schritt zu setzen. Wir haben schon im letzten Jahr ein Personalpaket beschlossen, was eine Verbesserung war. Worauf ich hinaus will, ist, es ist, wie soll ich sagen, es liegt vieles im Argen in der Elementarpädagogik und es ist klar, man kann das

nicht von einem Tag auf den anderen lösen. Aber wir als Koalition stehen dafür ein, dass diese Arbeit essentiell wichtig ist für unsere Gesellschaft, für unsere Kinder, dass sie unterbezahlt sind, dass diese Menschen mehr Anerkennung brauchen und wir haben jetzt ein Paket, das vielen in diesem Bereich etwas bringt und freuen uns, wenn das möglichst viele unterstützen (*Appl.*)

GRⁱⁿ Potzinger:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die uns zuschauen und zuhören. Es ist kein Kompromiss, es ist ein Schritt, der nicht unwichtig ist, wo eine wesentliche Gruppe, nämlich die Betreuer:innen, die wurden leider da vergessen. Ich habe wirklich die Sorge, dass jetzt in den Einrichtungen, dieser Eindruck entsteht, die Betreuer:innen seien weniger wert; jetzt geht es nur einmal um die Pädagog:innen, das kann es nicht sein und ich sehe da ein doppeltes Auseinanderdividieren. Einerseits Betreuer:innen und Pädagog:innen, Nachmittagsbetreuer:innen bitte nicht zu vergessen und andererseits die privaten, kirchlichen bzw. städtischen Einrichtungen. Wir wissen, dass jeder zweite Kinderbildungs- und -betreuungsplatz in der Stadt Graz von privaten und kirchlichen Anbietern bereitgestellt wird. Schade, dass die Frau Bürgermeisterin jetzt nicht im Raum ist. Zu Beginn ist es ja, vor über 20 Jahren, haben wir uns nach ausführlichen Verhandlungen einstimmig über alle Fraktionen darauf geeinigt, dass es in Graz ein einheitliches, sozial gestaffeltes Tarifmodell gibt, wo alle eingebunden sind, die städtischen, die privaten, die kirchlichen Einrichtungen und, ganz wichtig, mit einheitlichen Qualitätskriterien. Das ist ja auch ein wesentlicher Faktor, dass die Eltern, die Familien sich darauf verlassen können, welche Einrichtung auch immer ihr Kind besucht, es gibt bestmögliche Qualität, aber auch Anforderungen an die Einrichtung, z.B. auch, was Integration betrifft, dass man nicht Rosinen herauspickt, sondern alle Kinder überall die gleichen Chancen haben, gut betreut zu werden und diese Solidarität die sehe ich hier jetzt gefährdet. Ich bin wirklich seit 25 Jahren im

Gemeinderat und habe seinerzeit 7 Anträge eingebracht, bis wir dann wirklich einstimmig diesen Beschluss hatten, dieses einheitliche Tarifmodell. Auch für die privaten und kirchlichen Einrichtungen, und Elke Kahr hat damals als Gemeinderätin mitverhandelt. Da war noch die Stadträtin Kaltenbeck, die Lisa Rücker und wir haben das wirklich durchgesetzt und das ist vorbildlich auch auf Landesebene verwirklicht. Ein kurzes Wort, was die Landesmittel betrifft, die da im Herbst kommen werden, um die Sozialstaffel da abzugelten, das kann man gut ausrechnen. Weil wir ja wissen, wie viel wir derzeit dafür ausgeben, nämlich 5 bis 6 Mio. Also, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, da rechne ich sehr damit, dass wir dieses Geld dann wirklich verwenden für eine Gehaltsbonifikation für alle, die im Kinderbildungs- und -betreuungsbereich in der Stadt Graz arbeiten, sonst sehe ich wirklich die Gefahr, dass vor allem die, die im privaten Bereich arbeiten, abwandern in Umlandgemeinden, wo vielleicht die Arbeitsbedingungen weniger herausfordernd sind. Es ist ganz klar, wir sind eine weltoffene multikulturelle Stadt, wo es zusätzliche Herausforderungen gibt, was Multiethnien, was Spracherwerb betrifft, Herausforderungen, Chancen für die Kinder, aber vielleicht auch noch mehr Aufwand, mehr Anstrengung für die vor allem Damen, die in diesem wertvollen Beruf tätig sind und die verdienen sich ganz einfach diese Gehaltsbonifikation. Also bitte, lieber Herr Finanzstadtrat, sorg dafür, dass wir ab Herbst diese 200 Euro für alle Damen und Herren, die im Kinderbildungs- und -betreuungsbereich in Graz tätig sind im städtischen, privaten und kirchlichen Bereich. Ich vertrau darauf, dass du das machen wirst. Danke (*Appl.*).

StR Eber:

Liebe Sissi Potzinger, das passt jetzt eh gut, denn du hast hier auch angesprochen die Problematik, das nicht wirklich Pädagog:innen und Betreuer:innen, dass die Gefahr besteht, dass die beispielsweise in die Umlandgemeinden abwandern und genau das ist natürlich auch ein Grund, warum wir diese Schema machen, dazu kurz später.

Vorher möchte ich noch sagen, im Jänner 2016 hat der damalige Gemeinderat Andreas

Fabisch, so manche werden sich noch an ihn erinnern können, den Antrag gestellt, „um zukünftige Engpässe zu vermeiden, gilt es, mehr jungen Menschen diese Ausbildung zu ermöglichen. Das heißt, in Graz einen zweiten Ausbildungsstandort einzurichten.“ Im April 2016 ist dann die Antwort des damaligen Bürgermeisters im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten Kurt Hohensinner gekommen und da heißt es: „Ein weiterer Standort für Graz ist nicht notwendig, es gibt keine Veranlassung zu Verhandlungen mit dem Bundesministerium über einen zweiten Standort, weil der Bedarf gut abgedeckt werden kann.“ Das heißt, bereits vor 6 bis 7 Jahren jetzt ist es schon her, haben manche die Notwendigkeit erkannt, dass man in diesem Bereich etwas machen muss. Jetzt ist es augenscheinlich, Sissi Potzinger hat es ja jetzt gerade auch angesprochen und da möchte ich jetzt auch anknüpfen, wir haben das Problem natürlich gehabt, sage ich jetzt einmal, dass wir bei den Pädagog:innen, bei den Neueinsteiger:innen rund 140 € weniger bezahlt haben als jene, nach dem Mindestlohntarif, was die meisten Privaten bezahlen und deswegen, um eine Abwanderung von den Städtischen Einrichtungen zu verhindern bzw. damit wir hier überhaupt zu Leuten kommen, war es aus unserer Sicht notwendig, dieses neue Entlohnungsschema heute hier zu beschließen. Das eben bedeutet, was schon angesprochen wurde, 215 € mehr am Anfang, Lebensverdienstsumme bleibt in etwa gleich und auch gibt es am Anfang eine leicht Überbezahlung gegenüber dem Mindestlohntarif und erst nach 29 Jahren, also in den ersten 29 Jahren verdienen die Kindergartenpädagog:innen dann mehr als bisher, und erst mit den letzten 14 bis 15 Jahren des Berufslebens verdienen sie dann entsprechend weniger, aber natürlich immer noch mehr, wenn ich es richtig im Kopf habe und richtig sehe. Jawohl, immer noch mehr als im Mindestlohntarif. Das ist, so glaube ich, ist ein ganz entscheidender und wichtiger Schritt, den wir hier machen und da wundert es mich bei aller Kritik, bei allem, was man unterschiedlich sehen kann, aber es wundert mich sehr, dass die ÖVP hier bei diesem Schema nicht mitgehen möchte. Michi Ehmman hat es schon angesprochen, es ist eine sozialpartnerschaftliche Einigung gewesen. Es ist ja die Gewerkschaft, die Personalvertretung des Öfteren auch bei uns gewesen, wo wir diese Fragen diskutiert haben und zuletzt, oder nicht zuletzt, war es dann so, dass bei einer

Sitzung des Steirischen Städtebundes dieses Schema auch präsentiert wurde, um eben eine Position zu finden, wie man das mit dem Land diskutieren möchte. Und auch hier gibt es auch, wie es der Michi Ehmann schon gesagt hat, ist das eigentlich auf Zustimmung gestoßen bzw. ist das neue Grazer Schema als gutes Beispiel herausgestrichen worden. Was die Kinderbetreuer:innen anbelangt, selbstverständlich haben wir nicht auf sie vergessen, sondern es ist in diesem Bereich tatsächlich so, dass wir dort bereits jetzt eine deutliche Überzahlung haben gegenüber dem Mindestlohntarif. Das heißt, zusätzlicher finanzieller Anreiz in diesem Bereich ist nicht so akut notwendig wie das im Bereich der Pädagog:innen ist. Von daher kann ich nur noch einmal ersuchen alle Fraktionen, hier zuzustimmen. Danke (*Appl.*).

GR Gostentschnigg:

Sehr geehrte Damen und Herren, danke schon im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit. Auch von meiner Seite noch zwei bis mehrere Gedanken. Mein Vorredner hat eh schon eines angesprochen, das ist, so glaube ich, nicht irrelevant, daran festzuhalten, dass das auch im Steirischen Städtebund eben schon diskutiert und für gut und nachahmenswert befunden worden ist. Das an sich können wir durchaus als positives Signal werten. Ich sag nur, ich freue mich, dass ich hier im Anschluss auch diesem Stück zustimmen darf. Eines, und bitte verzeihen Sie mir die moderate Polemik, wenn ich darauf hinweise, eines habe ich mir jetzt doch gedacht und ich muss es mit ihnen teilen, ich habe jetzt von Ihnen, Herr Stadtrat Hohensinner, den Satz gehört, warum nicht gleich? Und auch den Satz, sie weisen seit 1 ½ Jahren darauf hin. Jetzt habe ich heute in Vorbereitung auf diese Sitzung einmal Ihren Lebenslauf auf der Webseite der Stadt Graz studiert und habe dort gelesen, dass sie schon seit 2014 in der Verantwortung des Bildungsstadtrates sind und in den letzten Jahren, 2021 diese Funktion unter einem Bürgermeister aus Ihrer Fraktion und einem Finanzstadtrat bzw. zwei Finanzstadträten aus Ihrer Fraktion bestritten haben und da tut sich mir die Frage dann auf, warum nicht schon lange (*Appl.*)? Warum kommen die guten Ideen erst jetzt, diese Gehaltsanpassungen, da hätten sie viele lange Jahre Zeit gehabt, das bereits zu

machen. Ich lasse das jetzt einmal so im Raum stehen und die Leute, die vielleicht zusehen, vielleicht den Gedanken zu Ende führen. Natürlich ist zu sagen, dass das heute ein guter, aber natürlich nicht der letzte Schritt ist, das liegt auf der Hand. Allerdings ein wenig Verständnis möchte ich erbitten. Warum? Wir sind jetzt in einer Phase, wo doch multiple Krisen über uns hereinbrechen und in einer Zeit, wo da Budget der Stadt Graz doch sehr angespannt ist. Auch hier haben uns die Vorgängerregierungen doch ein Packerl hinterlassen; wir müssen natürlich mit dem was wir aktuell im Stande sind zu heben, arbeiten und ich glaube im Rahmen dessen, was wir aktuell machen können, ist das heute doch ein guter nächster Schritt. Natürlich nie genug, auch nicht der letzte, aber ich glaube trotzdem, dass das ein wichtiger Beschluss ist, den wir hier heute fassen und möchte zum Abschluss auch allen Pädagoginnen und Pädagogen und Betreuerinnen und Betreuern herzlich für ihre langjährige Arbeit mit den Kindern danken. Das ist ein sehr wichtiger Job, ist auch schon angesprochen worden und ich denke an dieser Stelle, der Applaus, der jetzt hoffentlich folgt, gilt ausdrücklich den Betreuer:innen und Pädagog:innen. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Diesem Applaus schließe ich mich natürlich an, aber von Applaus bekommt man kein höheres Gehalt. Das heißt, die Pädagog:innen werden applaudieren, die Betreuer:innen wahrscheinlich weniger. Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, die hier gesagt wurden. Der Herr Manfred Eber hat gemeint, dass dieses Schema jetzt beschlossen wird, damit keine Pädagog:innen und Betreuer:innen quasi abwandern in die Umlandgemeinden. Die Betreuerinnen haben ja kein neues Schema, aber bei den Pädagog:innen kann man ansetzen, ja, aber dann muss man wirklich auch die Pädagog:innen der privaten Träger mitdenken. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass wir eine Wertschätzung gegenüber allen Pädagog:innen und Betreuer:innen hier aussenden und jetzt nicht nur für die städtischen. Ein weiterer Punkt, du hast jetzt

gesagt, dass ich einmal, oder der Bürgermeister, aufgefordert wurde zu prüfen, ob es eine zweite Schule, einen zweiten Standort braucht. Wir haben damals gesagt, bei der Schule würden wir nicht ansetzen, weil wir wissen, dass bei der Schule, was die Abgänger:innen anbelangt, 70 % der Abgänger:innen weiterstudieren bzw. nicht in den Kinderdienst gehen. Deswegen habe ich dann beim Land Steiermark angeregt, dass wir ein weiteres Kolleg einrichten und das haben wir gemacht, weil da ist die Erfahrung, dass die ausgebildeten Absolvent:innen sehr wohl in den Kinderdienst gehen. Ich denke, da ist der Faktor ca. 90 %. Das haben wir als sinnvoller erachtet. Was den Zentralausschuss betrifft, ich habe mich dann natürlich auch informieren lassen, die Vertreterin im Zentralausschuss, die Pädagogin, war nicht anwesend, weil ich weiß, da gibt es wirklich eine ganz große Diskussion seitens der Vertreter:innen, weil eben einerseits die lang gedienten Pädagog:innen nicht mehr haben und andererseits wurde auf die Betreuer:innen vergessen. Da müsste man wirklich das noch dazusagen und nicht sehr einseitig berichten. Ein weiterer Punkt, die Betreuer:innen. Da hast du gesagt, die verdienen eh verhältnismäßig schon viel. Deswegen gibt es jetzt für sie kein Schema. Du hast gesagt, im Gegensatz zum Mindestgehalt verdienen die schon relativ viel. So ungefähr hast du das gesagt. Warum gibt es dann auch in diesem Bereich einen eklatanten Betreuer:innenmangel? Dort muss man doch bitte ansetzen. Wenn wir das Problem, das wir haben, zweifelsohne lösen wollen, dann müssen wir dort auch ansetzen und das Gleiche gilt für die schulische Nachmittagsbetreuung. Ich habe auch einen Sohn jetzt in der Schule und die haben wirklich zu kämpfen, dass sie genug Personal haben. Dort müssen wir auch ansetzen und ich sage euch das wirklich die letzten Monate schon, dass wir uns hier auch etwas überlegen müssen und bitte setzen wir uns zusammen, damit uns da auf der anderen Seite das Personal nicht ausgeht. Jetzt, weil ihr immer den Werner Amon hier strapaziert und sagt, er findet das so super das Modell und das möchte er im Land jetzt auch umsetzen. Auch hier eine Richtigstellung. Hinsichtlich des geplanten neuen Besoldungsschemas für die Elementarpädagogik seitens der Stadt Graz hat Landesrat Werner Amon erfahren, dass verbreitet wird, dass er dieses begrüßen würde. In seinem Auftrag darf ich festhalten, dass es sich hierbei um eine Überinterpretation handelt und Herr Landesrat die

geplante Einführung dieses Besoldungsschemas lediglich zur Kenntnis genommen hat. Er bedauert, dass in dem geplanten Schema lediglich eine Umverteilung des Lebenseinkommens, nicht aber eine Erhöhung desselben stattfindet. Das muss man schon dazusagen (*Appl. ÖVP*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Wir nehmen diese kolportierte Änderung zur Kenntnis.

GRⁱⁿ **Reininghaus:**

Ich mache es ganz kurz, ich möchte mich nur erklären. Wir werden dem Stück nicht zustimmen eben aus den Gründen, die der Herr Hohensinner jetzt gerade erklärt hat. Wir werden dann dem Abänderer der ÖVP zustimmen. Nur zur Erklärung, wir sind als NEOS immer dafür, das Pädagog:innen ordentlich bezahlt werden, dass die Vollarstellungen haben und dass es eine Wertschätzung in der Öffentlichkeit gibt. Nur zur Erklärung, leider können wir in dieser Form nicht zustimmen. Wir wollten lieber klotzen statt kleckern. Das ist leider zu wenig, was hier in diesem Stück bzw. mit diesem Stück erreicht wird. Dankeschön.

GR **Ulrich:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Als diplomierter Sozialbetreuer mit Schwerpunkt Familienarbeit und Papa von einem Kindergartenkind habe ich diese angeregte Diskussion mit sehr viel Neugierde verfolgt. Egal, wie jetzt die Abstimmung verläuft, ich möchte aber schon sagen, dass diese Diskussion ohne Untergriffigkeiten jetzt stattgefunden hat und tatsächlich in einem Gemeinderat in voller Würde, wie es

einer Demokratie zusteht, wirklich geführt wurde und dafür möchte ich mich bei euch bedanken.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, Neos und Lohr) abgelehnt.

GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Ist es möglich, dieses Stück getrennt abzustimmen? Wurde im Ausschuss so besprochen.

Der Punkt 1 a des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, Lohr und Neos).

Der Punkt 1 b des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Lenartitsch

**9.13 Stk. 12) A 14- 049660/2019/0036 14.30.0_ Bebauungsplan
„Eggenberger Allee – Straßganger Straße –
Weissenkircherstraße – Herbersteinstraße“,
XIV.Bez., KG Algersdorf**

Lenartitsch:

Liebe Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuseher:innen zu Hause und die noch hier vor Ort sind. Es ist kein großartiges Stück, sondern der Bebauungsplan wurde hier im Gemeinderat schon

behandelt, zumindest im Ausschuss wurde mir das so erklärt, jetzt ist nur etwas zur Richtigstellung. Im § 5, die Geschoßanzahl, hier ändert es sich und das ist von Amtswegen passiert. Dort, wo gearbeitet wird, können auch einmal Späne fallen, bzw. ist hier die Geschoßanzahl oder die Veränderung der Gesamthöhe, das fällt weg bei Flachdachausführungen. Das ist es im Großen und Ganzen bzw. noch unter Punkt 4, dass die zulässigen Dachformen ausschließlich Satteldächer in diesem Bebauungsplan sind. Ich bitte um Zustimmung, das ist nur eine kleine Reparatur dieses Bebauungsplanes. Danke.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Richtigstellung der Verordnung des 14.30.0 Bebauungsplanes „Eggenberger Allee-
Straßganger Straße – Weissenkircherstraße – Herbersteinstraße“.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic

**9.14 Stk. 13) A14-074555/2020/0019 07.30.0 Bebauungsplan
„Industrie- u. Gewerbegebiet – Thondorf
Süd“,
VII. Bez., KG Graz Stadt – Thondorf**

Piffli-Percevic:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen und Zuhörer:innen. Wir sprechen sehr viel und das ist sehr gut, dass wir das Geld auch gewichten und den Kriterien, die erforderlich sind, entsprechend ausgeben. Jetzt kommen wir zu einem Stück, einem

Bebauungsplan für ein Industrie- und Gewerbegebiet, in dem wir die Voraussetzungen schaffen, den beachtlichsten Teil unserer Stadtfinanzen, jetzt rein unitär betrachtet, auch erwirtschaften zu können. Da sind Flächen, geeignete Flächen, auch unter Berücksichtigung der Anrainerinteressen auszuweisen, dass Arbeitsplätze hier geschaffen werden können. Und daher bin ich in der glücklichen Lage, Ihnen den Bebauungsplan für einen wichtigen Mosaikstein unmittelbar in der Nähe des Magna-Werkes, entlang der Liebenauer Hauptstraße gegenüber dem Johann-Puch-Platz, der wird oft vergessen. Waldor Hekl hat seinerzeit die Anregung gegeben, das ist der Eingangszplatz in das Puchwerk von der Liebenauer Hauptstraße, gegenüber liegt dieser noch restliche Mosaikstein, ein noch nicht mit einem Bebauungsplan ausgestattetes Gewerbegebiet mit einer Fläche von immerhin 5 Hektar. Es liegt an der Liebenauer Hauptstraße und entlang der A 2, der Süd-Autobahn, und im Norden davon ist bereits ein mit einem Bebauungsplan bestücktes Gewerbegebiet. Also unmittelbare Wohnanrainer haben wir dort nicht. Trotzdem wurde natürlich nach allen Regeln der Kunst hier nach einem Gestaltungswettbewerb dieses Gebiet auch beplant und auch im Sommer des vorigen Jahres wurde das Ergebnis, das vorher im Ausschuss vorgestellt wurde, in Auflage gebracht. Es gab 7 Einwendungen, hauptsächlich von der Landesseite, weil ja dort auch die Verkehrsinteressen, Liebenauer Hauptstraße udgl., eine wesentliche Rolle spielen. Die Einwendungen konnten zum Teil tatsächlich durch eine Änderung in der Verordnung berücksichtigt werden. Es hat daher noch eine ergänzende Anhörung der Grundstückseigentümer gegeben, weil das gegenüber der Auflage verändert wurde. Es wurden allerdings auch einige Klarstellungen getroffen, dass einige Einwendungen überhaupt erst Gegenstand künftiger behördlicher Verfahren Verkehrsbereiche betreffend sein werden. Ich kann daher auch noch festhalten, dass z.B., was die Versiegelung der Flächen, die Bebaubarkeit ist natürlich mit dem Gewerbegebiet nicht vergleichbar, im Prozentsatz mit einem Wohnquadranten. Es müssen aber auch hier 20 % der Flächen unversiegelt bleiben, so wie sie in der Natur vorgefunden werden. Es ist selbstverständlich auch für Begrünung und dergleichen, auch Fassadenbegrünung, gesorgt. Ich möchte abschließend festhalten, für dieses Stück brauchen wir den Grünflächenfaktor nicht, weil hier geht es

wirklich um eine gesamthafte Beplanung. Ich möchte und muss aber hier, das wird heute noch Gegenstand sein, Frau Vizebürgermeisterin, Sie schauen mich zu Recht besonders an, Sie haben vor über einem Jahr angekündigt, dass im Vorjahr diese Verordnung erlassen wird, die wir in allen anderen Bereichen, wo es um keine bebauungsplanpflichtigen Gebiete geht, sehr wohl dringend brauchen. Ich erlaube mir, das hier festzuhalten. In diesem Sinne ersuche ich, die Zustimmung zu geben und zwar dem Beschlussstück, mit dem nur der Punkt Erstellung des Bebauungsplanes als Aufschließungserfordernis aufgehoben wird. Die übrigen Punkte, Verkehr usw., bleiben aufrecht, weil da werden die Einwendungserledigungen damit von uns vorgeschlagener Weise beschlossen und in diesem Sinne ersuche ich um Ihre Zustimmung, herzlichen Dank.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Den 07.30.0 Bebauungsplan „Industrie- u. Gewerbegebiet – Thondorf Süd“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen, und
3. die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des Aufschließungsgebietes (Nr. VII.12):
 7. *Bebauungsplanpflicht, Geordnete Siedlungsentwicklung, Erfordernis zur Schaffung zweckmäßig gestalteter Grundstücke, Einfügung in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild*

Das Aufschließungsgebiet (Nr. VII.12) bleibt in Bezug auf folgende

Aufschließungserfordernisse:

1. *Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, Nachweis einer zweckmäßigen Verkehrsanbindung und der Verkehrssicherheit der äußeren Erschließung für alle Verkehrsarten (Motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr)*

3. *Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)*

5. *Öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr*

aufrecht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Hackenberger

**9.15 Stk. 14) FIF-BGM-1105/2022-001 Steirische Pfadfinder und Pfadfinderinnen,
A 8-205499/2022-16 Gruppe Graz 10,
kurz Pfadfinder:innengruppe G10,
1. Budgetvorsorge über € 700.000,-- im Jahr
2023,
2. Gewährung Subvention für den Neubau
Pfadfinder:innenhaus Straßgang**

Hackenberger:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauer. Das Stück, über das ich hier zu berichten habe, betrifft die Pfadfindergruppe Nr. 10 von Graz. Ich habe nachgeschaut, es gibt in Graz 11 Pfadfindergruppen. Diese Pfadfindergruppe nutzt seit 1993 ein Gelände der ASFINAG, was auch ein untertunneltes Autobahnstück im Süden von Graz ist. Also bei der Einfahrt zum Tunnel. Die haben dort ein Baurecht, das heißt, es wurde von der ASFINAG die Möglichkeit eingeräumt, Gebäude auf diesem Grundstück zu errichten und sie leiden seit einigen Jahren daran, dass sie im Winter quasi keine Aktivitäten vornehmen können, weil sie kein Heim haben. Man ist in der Vergangenheit ausgewichen nach Don Bosco, aber das ist immer schwieriger geworden und so hat man sich dazu entschlossen, einen Neubau anzugehen, der ca. 1.050.000 € kosten soll. Davon ist vorgesehen, dass 1/3 die Pfadfinder selbst leisten und 1/3 das Land Steiermark und das letzte Drittel die Stadt Graz. Es handelt sich um ein hölzernes

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. Februar 2023

Gebäude, es ist ein Holzbau, und der Zuschuss des Landes Steiermark wird nicht direkt an die Pfadfinder bezahlt, sondern erfolgt über eine Bedarfszuweisung an die Stadt Graz. Wir haben heute im Finanzausschuss etwas hinterfragt, wie groß diese Gruppe ist, weil der Betrag natürlich nicht ganz gering ist. Es ist so, dass derzeit schon über 100 Kinder dort betreut werden bzw. ihre Aktivitäten entfalten können und es gibt 30 Anmeldungen, die noch nicht berücksichtigt werden konnten, weil eben es kein Gebäude, keine Unterkunft für die Gruppe gibt. Das ist letztlich auch ein aufstrebendes Gebiet mit relativ reger Bautätigkeit, sodass für die Zukunft noch eine weitere Ausweitung abzusehen ist. Die 350.000 Euro, die letztlich von der Stadt Graz geleistet werden sollen, werden vom Amt der Bürgermeisterin über Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt. Ich bitte Sie daher namens des Ausschusses für Finanzen, diesem Stück Ihre Zustimmung zu geben.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
120	061000	1.757000		Transfers an Private Organisationen o.E.	D.120004	+700.000	+700.000
120	940000	2.861000		Transfers von Ländern		+350.000	+350.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-350.000	-350.000

Die Bedeckung der erforderlichen Mittel von € 700.000,-- für das Jahr 2023 erfolgt im LCF des Amtes der Bürgermeisterin, reserviert in SAP/GeOrg unter der Beleg Nr. 371005180 / Finanzstelle 120 / Fonds: 061000/ Finanzposition: 1.757000/ Deckungsring: D 120004.

2. Die Gewährung einer Subvention für den Neubau vom Pfadfinder:innenhaus
Straßgang wird zugestimmt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.

Ende Tagesordnung: 16.45 Uhr.